



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

**Berufliche Bildung
in Bayern**

Unsere Themen

Spitzengespräch zum Thema
Abschlussprüfungen

Informationen für Beihilfe-
berechtigte

Beurteilungsbausteine für
Lehrproben

Der neue Berufsschul-
Sozialkundelehrplan

Zur Zukunft des Religions-
unterrichts in der beruflichen
Bildung



*Berufliche Bildung neu gedacht:
Rückblick auf eine erfolgreiche
Großveranstaltung des VLB*



HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 54 24 86

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 01: 2004-12-06
für Heft 02: 2005-01-10
für Heft 03-04: 2005-02-14

ISSN 0942 – 6930

7. VLB-Berufsbildungskongress

- 3 Peter Thiel: Rückblick
- 8 VLB-Presspapier und Presseertrag

Bildungspolitik

- 12 Spitzengespräch zum Thema Abschlussprüfungen
- 12 Erträge von Pressegesprächen des Landesvorsitzenden
- 13 Wirtschaft fordert Erhöhung der Bildungsausgaben
- 14 Achselzucken bei den Kultusministern

Dienstrecht

- 15 Beurteilungszeitraum verlängert
- 15 Wolfgang Lamb: Dienstrecht konkret
- 16 Urteil des bayerischen Verfassungsgerichtshofes zu
Führungsbeamten auf Zeit
- 16 Vollzug der Beihilfevorschriften

VLB-Initiativen

- 18 Schreiben der bayerischen Staatskanzlei an den VLB

Pädagogik und Unterricht

- 19 G. Hiener / M. Müller / A. Riedl: BeurteilungsBausteine für Lehrproben
- 21 Wolfgang Dehmel: Projektklassen bei zahnmedizinischen Fachangestellten
- 22 Helmut Stephan: Aushöhlung des Insolvenzrechtes
- 22 E-Commerce: Einkaufen via Internet

Aus dem Verbandsleben

Bezirks- und Kreisverbände

- 23 Aus dem Bezirk Unterfranken

Fachgruppen

- 24 FG Sozialkunde; FG Religion/Ethik

Studenten

- 28 Stefan Weinzierl: Studiumsbeginn an der TUM

Personalien

Für Sie persönlich

- 30 Aktuelles zum Alterseinkünftegesetz

Leser schreiben

Umschau

Vermischtes

- 33 KV Würzburg; BV Unterfranken

Termine

Bücher/Medien

- 34 Aktuelles vom Büchermarkt

Nachrichtliches

Letzte Umschlagseite

- 36 Aus aktuellem Anlass: IHK bewegt sich

Titelfotos: Martin Ruf / Peter Thiel

Rückblick auf eine VLB-Veranstaltung mit Langzeitwirkung:

Berufliche Bildung neu gedacht

PETER THIEL

Der 7.VLB-Berufsbildungskongress liegt hinter uns. Er stand unter dem Motto „Berufliche Bildung neu denken – der VLB“ und war eine jener Großveranstaltungen, welche den Kolleginnen und Kollegen im Lande vor Augen führen, was Gemeinsamkeit, Solidarität und Geschlossenheit gerade in schwierigeren Zeiten bedeuten können. Die Schirmherrschaft hatte Kultusministerin Monika Hohlmeier übernommen. An dieser Stelle beschränkt sich die Berichterstattung – nicht zuletzt im Hinblick auf den aktuellen Redaktionstermin – auf einen ersten Überblick über die Geschehnisse in Bamberg. Detaillierte Berichte zu den Teilveranstaltungen folgen in der Januarausgabe von VLB-akzente.

Wachablösung

Nach außen hin signifikantestes Ereignis des Kongresses war die Wachablösung an der Verbandsspitze, die – bei aller zu erwartender Kontinuität in der Verbandsarbeit – eine neue Ära einläutet. Nach 13 Jahren als Landesvorsitzender, denen 12 Jahre als Stellvertreter vorausgegangen waren, machte Hermann Sauerwein in Bamberg einen Schnitt und zog sich von der vordersten Front der Verbandsarbeit zurück. Stehend und mit stürmischen Ovationen verabschiedeten ihn die 185 Delegierten aus den 8 Verbandsbezirken als Landesvorsitzenden und beriefen ihn zum Ehrenvorsitzenden. Gleichzeitig legten sie mit einem überzeugenden Vertrauensvotum die Verbandsgeschicke in die Hand seines Nachfolgers Hans Käfler, der bislang als Stellvertreter des Landesvorsitzenden bereits voll in die Führungsarbeit des VLB integriert war.

Neben dem „Verbandschef“ wählten die Delegierten auch die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands (GV) und die im Hauptvorstand tätigen Referenten. Neue Stellvertreter des Landesvorsitzenden sind

Dr. Angelika Rehm (Bamberg), Alexander Liebel (Nürnberg) für den kaufmännisch-verwaltenden Bereich sowie Michael Birner (Amberg) und Wolfgang Lambl (Würzburg) für den gewerblich-technischen Bereich. Schriftführerin im GV ist künftig Gertrud Schneider (Kempten), nachdem Barbara Dilberowicz aus persönlichen Gründen nicht mehr kandidiert hatte. Ein entsprechender Proporz zwischen dem technisch-gewerblichen und dem kaufmännisch-verwaltenden Bereich wurde beim Zusammenschluss der beiden Altverbände seinerzeit in der Satzung festgeschrieben.

Die Referentenriege setzt sich nunmehr so zusammen: Manfred Greubel ist zuständig für Bildungspolitik, Hansjörg Bosch kümmert sich weiterhin um die Belange von FOS und BOS und Bernhard Zeller um die der Wirtschaftsschulen. Marion Götz ist Referentin für das Dienstrecht, Reinhard Kufner ist zuständig für Fachlehrerfragen und Heiko Pohlmann betreut nach wie vor den Bereich Lehrerbildung. Kassenprüfer wurden Ulrich Ziegenthaler und Gisela Lohr. Alles in besten Händen also.

Pressegespräch und Besuch im alten Rathaus

Wie bei den im zweijährigen Turnus stattfindenden Berufsbildungskongressen des VLB üblich, begann auch die Bamberger Veranstaltung mit einem Pressegespräch, das bezüglich der Präsenz von Medienvertretern leider einiges zu wünschen übrig ließ (siehe Kasten Seite 11). Dessen ungeachtet war die regionale Berichterstattung in Presse und Rundfunk erfreulich, was u. a. die im Anschluss beigefügten Faksimile-Beiträge belegen.

Nach einer vorbereitenden Sitzung des Hauptvorstands, bei der es primär um die Entschließungen und die zahlreichen Anträge ging, über die die Delegierten in der Vertreterversammlung befinden sollten, folgten die HV-Mitglieder einer Einladung der Stadt

Bamberg ins Alte Rathaus. Dort hieß Bürgermeister Werner Hippelius die Gäste herzlich willkommen, stellte die Bischofsstadt in ihrer wirtschaftlichen, bildungspolitischen und historischen Bedeutung dar und lud bei einem Glas Frankenwein zum Wiederkommen ein.

Ein Bildungspolitiker aus dem Lehrbuch Max Webers

Der erste Teil der Vertreterversammlung stand ganz im Zeichen der Wahlen. Als Repräsentanten der beiden Bundesverbände richteten Günther Besenfelder (BLBS) und Helmut Hahn (VWL) Grussworte an den Kongress. Besenfelder würdigte vor allem die Arbeit Hermann Sauerweins, nannte ihn einen Bildungspolitiker aus dem Lehrbuch Max Webers und verwies auf das generell beispielhafte Engagement des scheidenden Landesvorsitzenden u. a. auch auf Bundesebene sowie beim Zusammenschmieden der beiden bayerischen Berufsschullehrerverbände vor 13 Jahren.

„In der Verbandsflotte der Länder fährt der VLB ganz vorne“, sagte Helmut Hahn und bezeichnete Hermann Sauerwein als deren Kapitän. Dem ebenfalls scheidenden Armin Ulbrich, bislang stellvertretender VLB-Landesvorsitzender, kam bei der Metapher die Rolle des Steuermanns zu. Beiden jedenfalls dankte Hahn für unermüdlichen Einsatz im Interesse der beruflichen Bildung und zum Wohle der Jugend im Beruf.

In seinem Rechenschaftsbericht verwies Sauerwein darauf, dass 1976 bereits ein Berufsschultag in Bamberg stattgefunden hatte. „Damals sollte der Zusammenschluss der bestehenden drei Verbände vollzogen werden, doch die guten Vorsätze erwiesen sich als Illusionen und zerplatzten wie Seifenblasen“, blickte er zurück. „Die Zeit war einfach noch nicht reif für solch ein avantgardistisches Vorgehen“. Erst 1991 war es bekanntlich gelungen, alle Lehrer beruflicher Schulen Bayerns unter einen Hut zu bekommen. „Nur so können wir uns politisch wirkungsvoll artikulieren, nur so macht die Sache einen Sinn,“ erklärte Sauerwein. „Was wir damals in



1 Alles fest im Griff: Organisationschefin Dr. Angelika Rehm, die Vorsitzende des BV Oberfranken, eröffnet den Kongress.

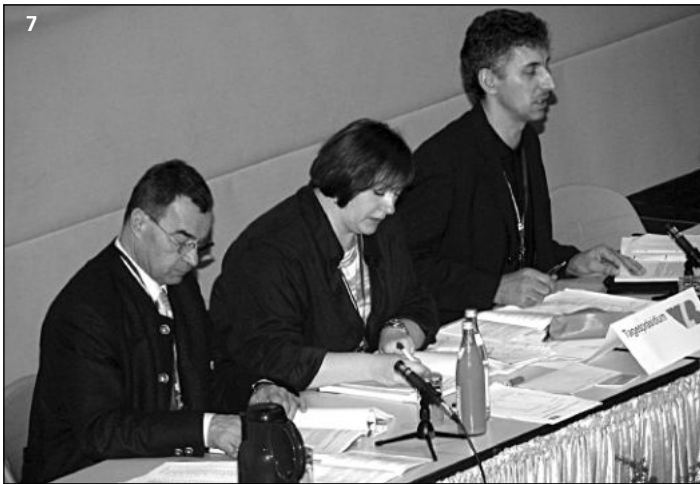
2 Die neue VLB-Führungsriege von links: Landesvorsitzender Hans Käfler, Wolfgang Lambl, Dr. Angelika Rehm, Alex Liebel, Michael Birner (alle stellvertretende Landesvorsitzende), Gertrud Schneider (Schriftführerin).

3 VIP-Reihe im E.T.A.-Hoffmann-Theater: In der Mitte Kultusministerin Monika Hohlmeier, rechts daneben Hermann Sauerwein und MdL Heinrich Rudrof. Von links Landrat Dr. Günther Denzler, OB Herbert Lauer, Hans Käfler.

4 In der Vertreterversammlung: Stehende Ovationen für den scheidenden Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein.

5 Grüße von den Dachverbänden überbrachten Günther Besenfelder (rechts) für den BLBS und VWL-Vize Helmut Hahn. Links VLB-Ehrenvorsitzender Berthold Schuster und Klemens Brosig (Abteilungsleiter bei der Regierung von Oberfranken).

6 Viel Gesprächsstoff auch nach der Wachablösung. Links der neue Ehrenvorsitzende Hermann Sauerwein, VLB-Chef Hans Käfler.



7 Die Abstimmung per Akklamation erfordert volle Aufmerksamkeit. Das Tagungspräsidium von links: Horst Rubel, Ruth Bankmann, Pankraz Männlein.

8 Die Wahlkommission in vollem Einsatz, von links: Barbara Schnackig, Monika Grüner-Schürer, dahinter Berthold Gehlert, der Hausherr der B 1 – Alfred Ernst und Peter Röcklein (alle BV Oberfranken).

9 Die Experten des bildungspolitischen Forums von links: MdL Simone Tolle (Bündnis 90/Die Grünen), MdL Karin Pranghofer (SPD), MdL Siegfried Schneider (CSU), Günther Besenfelder (BLBS), Ursula Poller (IHK Mittelfranken), Alex Liebel (VLB), Hans-Wilhelm Thomé (Kultusministerium), Prof. Dr. Josef Aff (Uni Nürnberg) und Moderator Hermann Sauerwein (VLB).

10 Die guten Geister der Geschäftsstelle am stark frequentierten VLB-Stand, von links: Roswitha Diekmann, Mathias Kohn, Andrea Götzke.

11 Die Experten des Dienstrechtsforums, von links: Moderator Wolfgang Lambi (VLB), Dr. Reinhard Eibert (Kultusministerium), Hans Lehmann (BLBS Baden-Württemberg), Hans Käfler (VLB), MdL Eduard Nöth (CSU), MdL Dr. Christoph Rabenstein (SPD) und MdL Adi Sprinkart (Bündnis 90/Die Grünen).

12 Auf der Bühne des E.T.A.-Hoffmann-Theaters: Äußerst kreative Berufsfachschüler präsentieren schwungvolle Rhythmen. Das Publikum spendete langanhaltenden Beifall.

Fotos: Martin Ruf / Peter Thiel

Bamberg nicht zustande brachten, ist heute bundesweites Vorzeigeobjekt“.

Seine Ausführungen zur letzten Arbeitsperiode seit Passau wurden teilweise von langanhaltendem Beifall unterbrochen, der sich nach der Berufung zum Ehrenvorsitzenden zu den bereits genannten stehenden Ovationen steigerte.

Zu Ehrenmitgliedern berief die Vertreterversammlung gleichzeitig VLB-Vize Armin Ulbrich und den Schriftleiter der Verbandszeitschrift VLB akzente, der hier als Berichterstatter fungiert.

Anträge und Entschlüsse

Rund 100 Anträge zu den Themenbereichen Bildungspolitik, Dienstrecht, Lehrerbildung/Lehrerfortbildung und Verschiedenes mussten von den Delegierten bewältigt werden, was verständlicher Weise hohe Anforderungen an die dreiköpfige Antragskommission stellte. Zu den Anträgen kamen noch acht übergeordnete Entschlüsse. Diese betrafen die Ausbildungsplatzmiserie, die Forderung nach Berufsfachschulen, den ständigen Zugriff der Staatsregierung auf das Einkommen der Lehrkräfte, das Thema „Arbeitszeitmodelle“, die Finanzierung kommunaler beruflicher Schulen, die Neuordnung der Lehrerbildung im Rahmen des Bologna-Prozesses, die Weiterentwicklung der Fachlehrer-Ausbildung sowie die Lehrerbelastung und Lehrgesundheit.

Ein gelungenes Debut

Die festlich ausgerichtet Hauptveranstaltung fand im 200 Jahre alten E.T.A.-Hoffmann-Theater statt, welches nach einer großangelegten Sanierung kürzlich erst wieder für den Spielbetrieb freigegeben worden war. Mit rund 400 Besuchern – darunter zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung – waren Parkett, Logen und Ränge bis auf den letzten Platz ausgebucht.

Als einer der beiden Protagonisten führte sich Hans Käfler mit einer kämpferischen und dennoch äußerst glaubwürdig vorgetragenen Rede als neuer VLB-Landesvorsitzender ein und hatte damit ein ausgesprochen gelungenes

Debut. Ausgehend von der aktuellen Lehrstellensituation und einer beängstigenden Reformitis bei den Ausbildungsordnungen umfaßte Käflers Rede alle Problemfacetten, die dem Berufsstand heute so stark unter den Nägeln brennen und die das Postulat rechtfertigen berufliche Bildung neu zu denken. Wir werden – wie gesagt – auf die Ausführungen des Landesvorsitzenden in unserer Januar-Ausgabe von VLB-Akzente nochmals gesondert eingehen und beschränken uns heute darauf, nur noch auf dessen Forderung nach mehr Verantwortung für die Einzelschule hinzuweisen. „Ein nur von Kontrolle, Überwachung und Kleinschrittigkeit bestimmtes Schulwesen“, so Käfler, „ist ein Auslaufmodell“. Mehrfach wurde der Landesvorsitzende von zum Teil stürmischem Beifall unterbrochen und schließlich gab es – wie am Vormittag für Sauerwein – wiederum stehende Ovationen als er an all diejenigen appellierte, die guten Willens sind: „Denken wir berufliche Bildung nicht nur neu“, rief er ihnen zu, „machen wir es auch!“

Die Gemeinsamkeit beschworen

Von Käflers Ausführungen sowie von der Betroffenheit und dem stürmischen Beifall der Anwesenden sichtlich beeindruckt, stellte sich Kultusministerin Monika Hohlmeier als weitere Protagonistin – stark von ihrem Redemanuskript abweichend – einem Teil der Forderungen des Berufsstandes. Sie beschwor die Gemeinsamkeit und appellierte – ins besondere mit Blick auf die Wirtschaft – an alle an der beruflichen Bildung Beteiligten, aufeinander zuzugehen. „Ich kämpfe genau wie Sie darum, dass Bildung höchste Priorität erhält“, sagte die Ministerin. Die Forderung nach mehr Kooperation gelte im Übrigen nicht nur für die duale Erstausbildung, sondern auch im Hinblick auf das Modell der Doppelqualifikation, dem Frau Hohlmeier gute Noten erteilte: „Wir müssen dazu über den Zaun schauen und bereit sein, von unseren europäischen Nachbarn zu lernen.“

Auch der Rede der Kultusministerin werden wir uns in unserer Januar-Ausgabe detaillierter widmen. Dennoch sei hier noch auf zwei Punkte ihrer Ausführungen hingewiesen: Zum einen verabschiedete sie sich sehr persönlich von Hermann Sauerwein, dem sie für große Fairness dankte. „Er hat trotz mancher Gegensätzlichkeiten den politischen Prozess immer sehr menschlich gesehen und die Verbandsarbeit nicht nur rein gewerkschaftlich“, erklärte sie. An die Adresse Käflers gerichtet meinte sie: „Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam möglichst viel vom dem erreichen, was Sie in Ihrer Rede gefordert haben.“ Schließlich folgte noch ein Angebot an den Verband: Sie wolle im Januar mit dem VLB zusammenkommen und da alle Regelungen auf den Tisch legen, welche die beruflichen Schulen betreffen. „Dann klären wir gemeinsam, was wir streichen können und versuchen dies auch umzusetzen“, erklärte sie.

Grußworte

Grußworte bei der Festveranstaltung sprachen Bambergs Oberbürgermeister Herbert Lauer, Landrat Dr. Günther Denzler sowie MdL Heinrich Rudrof für die Landtagsfraktion der CSU, MdL Karin Pranghofer für die Landtagsfraktion der SPD und MdL Simone Tolle für die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Grußworte

„Es gibt in der beruflichen Bildung tatsächlich viel neu zu denken“, sagte MdL Rudrof, wünschte sich eine höhere Kooperationsbereitschaft der Kammern und forderte, aus der bestehenden Mißtrauenskultur eine echte Vertrauenskultur zu machen. Dies diene letztendlich allen.

MdL Karin Pranghofer forderte ein Berufsbildungskonzept, welches vorsieht die Berufsvorbereitung neu zu gestalten, in der Berufsschule mit der Möglichkeit zur Doppelqualifikation leistungsgerecht zu differenzieren und neben dem allgemeinbildenden ein berufliches Gymnasium einzuführen. Das Tagungsmotto halte sie für eine echte Herausforderung. „Über berufliche Bildung redet man in der Gesellschaft einfach zu wenig“, erklärte sie.

MdL Simone Tolle bedankte sich bei den Lehrkräften der beruflichen Schulen für deren Bereitschaft, sich von überkommenen Denkmustern zu verabschieden. Den beruflichen Schulen sprach sie ihre Anerkennung für

ausgezeichnete Ergebnisse trotz geringer Ressourcen aus.

Musikalisch und spielerisch umrahmt wurde die Festveranstaltung sozusagen in Eigenversorgung. Das Blechbläser-Ensemble der staatlichen Berufsschulen Bamberg unter der Leitung von Pankraz Männlein lieferte die musikalischen Beiträge, die Studenten der Wirtschaftspädagogik an der örtlichen Otto-Friedrich-Universität unterhielten die Gäste in den Redepausen mit flotten Melodien und die Schülerinnen und Schüler der Bamberger Berufsfachschule „Mariahilf“ präsentierten Rhythmen, welche mit Alltagsgegenständen – Besen, Eimern, Schaufeln u. a. – erzeugt und die vom Publikum begeistert aufgenommen wurden.

Die Foren

In zwei gut besuchte Foren wurden aktuelle bildungspolitische und dienstrechtliche Themen diskutiert. Hermann Sauerwein moderierte das Thema „Krank das vielgerühmte deutsche Ausbildungssystem?“. Am Podium nahmen Stellung: MdL Siegfried Schneider (CSU), MdL Karin Pranghofer (SPD), MdL Simone Tolle (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Josef Aff (Uni Nürnberg), Mdg. Hans-Wilhelm Thomé (Kultusministerium), Ursula Poller (IHK Mittelfranken), Günther Besenfelder (BLBS) und Alex Liebel (VLB). Einig war man sich in der Tatsache, dass das duale System der Weiterentwicklung bedürfe und dass schwache Schüler mehr gefördert werden müssen. Postuliert wurde auch, der beruflichen Bildung künftig eine höhere Priorität einzuräumen und die gymnasiale Laufbahn nicht mehr als den Königsweg der Bildung schlechthin zu betrachten. Wiederholt wagten die Gesprächsteilnehmer den Blick über den nationalen Zaun und orientierten sich an Modellen unserer europäischen Nachbarn, u. a. der Schweiz, Österreichs (Doppelqualifikation) oder auch an Finnland.

Keinen leichten Stand hatten beim zweiten Forum sowohl der Vertreter der Regierungspartei als auch der des Kultusministeriums. Die Fragestellung lautete: „Bringen Arbeitszeitmodelle

mehr Gerechtigkeit?“ Generell wurde dies verneint. Nach Auffassung des VLB-Landesvorsitzenden verdichtete sich angesichts der Entwicklung bei der Lehrerarbeitszeit in den letzten Jahren der Eindruck, dass Arbeitszeitmodelle Schrauben enthalten, welche man je nach Belieben anziehen könne. Mit dem baden-württembergischen Vertreter Hans Lehmann teilte er die Meinung, „dass Arbeitszeitmodelle überflüssig sind wie ein Kropf“. Die Moderation dieser zum Teil recht kontrovers geführten Diskussion lag bei Wolfgang Lambl (VLB). Am Podium standen MdL Eduard Nöth (CSU), MdL Dr. Christoph Rabenstein (SPD), MdL Adi Sprinkart (Bündnis 90/Die Grünen), OStD Hans Lehmann (BLBS Baden-Württemberg) und Dr. Reinhard Eibert (Kultusministerium).

Fortbildungsangebote in Lehrmittelschau und Arbeitskreisen

In rund 35 Arbeitskreisen hatten die Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit zu didaktischen und fachlichen Gesprächen und zur Fortbildung. Dabei waren nahezu alle Fachbereiche aktiv und die Einzelveranstaltungen z. T. weit über Erwartung frequentiert.

In der obligatorischen Lehrmittelschau präsentierten die Hersteller von Schulbüchern und weiterem didaktischem Material ihre Erzeugnisse und informierten über Innovatives. Dass die Lehrmittelschau von den Kongressbesuchern stark angenommen wurde, ist ein gutes Zeichen. Für die Aussteller jedenfalls war die Präsentation im Foyer der Bamberger Berufsschule I nach eigenem Bekunden ein Gewinn.

Abendveranstaltung und Rahmenprogramm

Bei der abendlichen Festveranstaltung unter dem Motto „Beswingt im fränkischen Rom“ bewiesen mehrere berufliche Schulen der Region ihre Leistungsfähigkeit. Sie hatten die Gestaltung des Abends im alten E-Werk der Stadt in Projektarbeit übernommen. Schülern wie Lehrkräften sei an dieser Stelle ein großes Lob ausgesprochen für die vielen unterhaltsamen Ideen, vor allem aber für das international ausgerichtete

Angebot an lukullischen Köstlichkeiten. Kein Zweifel, die Gourmets kamen an diesem Abend ganz besonders auf ihre Rechnung.

Die Senioren hatten Gelegenheit die Stadt Bamberg unter fachmännischer Führung etwas näher kennen zu lernen. In Rahmen einer Ausstellung in der Berufsschule I wurden Schülerarbeiten aus verschiedenen Fachrichtungen präsentiert: Bilder, Korbflechtarbeiten, Modelle und Keramik zeugten von der Freude junger Leute bei der Gestaltung von Werkstoffen.

Epilog

Zu frisch noch sind die Eindrücke von dieser bildungspolitischen Großveranstaltung in Bamberg, zu früh noch ist es für ein endgültiges Resumée. Eines aber läßt sich wohl ohne Vorbehalt jetzt schon sagen: Von der vielbeklagten Lethargie unter den Lehrern war nichts zu spüren bei dem Kongress. Man witterte – trotz herbstlicher Trübnis draußen – in den hell erleuchteten Räumen der Schule eine Art Aufbruchstimmung, die sich in den Arbeitskreisen, an den Ausstellungsständen und vor allem bei der Festveranstaltung offenbarte. Daran gilt es anzuknüpfen. Sich angesichts der nicht gerade rosigen Gegenwart klagend und grantelnd in die innere Emigration zurückzuziehen wäre der falsche Weg. Die Weichen sind gestellt: Der Verband wird das von Kultusministerin Hohlmeier formulierte Angebot aufgreifen. Er sieht darin nicht nur einen Vertrauensbeweis, sondern auch eine reelle Chance zur Mitgestaltung der Zukunft unserer Schulen.

Der Bamberger Kongress wird auch deshalb in die Erfolgsgeschichte des VLB eingehen, weil er mit geradezu beneidenswerter Perfektion vorbereitet worden war. Ein herzlicher Dank dafür ergeht zunächst an die Chefin der Gesamtorganisation, an die BV-Vorsitzende Dr. Angelika Rehm also. In gleichem Atemzug ist freilich ihre Mannschaft zu nennen. Der Ablauf des Kongresses war vitaler Beweis dafür, dass Teamarbeit für Lehrer beruflicher Schulen nicht nur auf dem Papier steht. Ebenso herzlich der Dank an Berthold Gehlert und seine Kollegen, an deren Schule – der

BS I – sich die meisten Teilveranstaltungen abspielten. Es mag für die guten Geister noch bis spät in den Abend hinein gegangen sein, bis die Spuren des Kongresses beiseitigt waren, so dass zu Wochenbeginn der Unterrichtsbetrieb wieder aufgenommen werden konnte.

Gleichermaßen Dank ergeht an OStD Martin Mattausch und sein Kollegium von der Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule sowie an OStD Werner Pörner und das Kollegium der staatlichen FOS/BOS. Auch sie trugen maßgeblich dazu bei, dass sich die Funktionsträger im VLB, die Delegierten sowie die zahlreichen Gäste während der drei Tage in der oberfränkischen Bischofsstadt so wohl fühlen konnten. Wie gesagt, Bamberg wird den Besuchern in bester Erinnerung

bleiben und der Kongress als wesentlicher Markstein in die Geschichte des VLB eingehen. <

Machen Sie mit!

Bei Ihrer Rede anlässlich des 7.VLB-Berufsbildungskongresses unterbreitete Kultusministerin Monika Höhlmeier dem VLB ein Angebot. Lesen Sie selbst auf Seite 6 dieses Heftes.

Wir sehen darin eine Chance und wollen diese nutzen. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie uns Vorschläge zu entsprechenden Streichungen unterbreiten könnten. Da das Gespräch mit der Kultusministerin bereits im Januar stattfinden soll, bitten wir Sie, uns Ihre Überlegungen bis zum 10. Januar zuzustellen. Schicken Sie diese bitte an unsere Geschäftsstelle.

Ihre Vorstandschaft

die jungen Leute mit lediglich einem Schultag pro Woche abspeist, hat nach Auffassung des VLB keinerlei Zukunft. Im Gegenteil, er schafft beste Voraussetzungen für sozialen Sprengstoff.

Der VLB fordert ein Konzept, welches den Jungarbeitern zumindest Teilqualifikationen vermittelt, auf denen sie später ggf. aufbauen können. Begleitet werden muss die Bildungsarbeit mit dieser oft gesellschaftlich geschädigten Zielgruppe von psychologischer Betreuung und konkreter Schulsozialarbeit. Nur so verspricht die Bildungsarbeit mit dieser schulpflichtigen Klientel Effektivität und ist kein zum Fenster hinaus geworfenes Geld.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass die sozialpädagogische Arbeit mit Benachteiligten schon viel früher, nämlich bereits in der Kindheit, einsetzen muss.

*

Das Defizit an Ausbildungsplätzen wirkt sich im Übrigen auch auf die höher qualifizierten Absolventen der Real- und Wirtschaftsschulen sowie des M-Zuges der Hauptschule aus. Weil sie keine geeignete Lehrstelle finden, weichen viele dieser jungen Leute – auch wenn sie dazu nicht das Zeug haben – auf die Fachoberschule (FOS) aus, füllen dort kurzfristig die Klassen, verfälschen das Leistungsbild, bewirken eine hohe Versagerquote und schmälern damit das Image dieser beruflichen Oberstufenschule. Der VLB empfiehlt den Blick über den Zaun, z. B. nach Österreich, und fordert im Hinblick auf diese Zielgruppe doppelqualifizierende Bildungsgänge. Diese vermitteln Berufsabschlüsse und weiterführende Schulabschlüsse in einem.

Dabei kommt es darauf an, den europäischen Integrationsprozess im Auge zu haben, was bedeutet, dass der Fremdsprachenunterricht eine höhere Priorität erhält und den Schülern berufsbezogene Auslandsaufenthalte ermöglicht werden.

*

Zur Umsetzung der genannten Reformschritte benötigen die beruflichen Schulen nicht nur ausreichend

Pressemitteilung des VLB vom 25. November 2004:

Berufliche Schulen zwischen Reformstau und Finanznot

Unter dem Motto „Berufliche Bildung neu denken – der VLB“ findet am 26. und 27. November 2004 in Bamberg der 7. Berufsbildungskongress des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen statt.

Das Motto dieser bildungspolitischen Großveranstaltung ruft die Reformbedürftigkeit der beruflichen Bildung ins öffentliche Bewußtsein und zeigt an, dass sich der VLB mit der derzeit unbefriedigenden Situation in diesem Bereich nicht abzufinden denkt.

*

Es gilt festzuhalten, dass sich das duale System - einst Flaggschiff unter den europäischen Ausbildungssystemen – deutlich erkennbar auf dem Rückzug befindet, und dass es durch andere Ausbildungsmodalitäten ergänzt werden muss. Signifikant für diese Entwicklung ist, dass nur noch

ca. 55 % aller beruflichen Ausbildungsgänge dual verlaufen und dass bayernweit noch immer rund 15 000 Hauptschulabgänger ohne Lehrstelle sind. Da der Staat diese jungen Leute nicht im Regen stehen lassen kann, wiederholt der VLB seine langjährige Forderung, das Angebot an ein-, zwei- und dreijährigen Berufsfachschulen entsprechend zu erhöhen, wenn die Wirtschaft ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht gerecht wird. Dies ist im übrigen auch im Hinblick auf den zukünftigen Facharbeiterbedarf unverzichtbar.

Man kann allerdings an der Tatsache nicht vorbei, dass einem Teil der nichtvermittelten Jugendlichen die nötige Berufsausbildungsreife fehlt.

*

Der jetzige Modus zur Beschulung sog. Jungarbeiter, der ausschließlich auf Gesetzeserfüllung bedacht ist und

Lehrkräfte, sondern auch entsprechend qualifiziertes Lehrpersonal. Gerade diesbezüglich aber stehen die Zeichen auf Sturm: Ein großer Teil der Lehrerkollegien ist völlig überaltert und an der Berufsschule fällt derzeit mit rund 3 500 Stunden knapp 5 % des Pflichtunterrichts aus. Auf Grund der Budgetkürzung ist das Defizit an BOS und FOS sogar noch größer, dort nämlich beträgt es rund 10 %.

Hier zeigt sich einmal mehr, dass die Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen so gut wie keine Lobby haben: An anderen Schularten würden solche Unterversorgungen als Ausdruck mangelnder Bildungsgerechtigkeit Stürme der Entrüstung und Schlagzeilen auslösen. Die Staatsregierung würde sofort reagieren und entsprechende Mittel bereitstellen (siehe G8).

*

Europaweit werden derzeit die Hochschulabschlüsse harmonisiert und BA/MA-Abschlüsse eingeführt. Von dieser Maßnahme verspricht sich der VLB eine erhöhte Nachfrage junger Leute nach dem Lehramt an beruflichen Schulen und damit eine Chance zur besseren Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal. Derzeit halten sich die beruflichen Schulen mit sog. Seiteinsteigern über Wasser. Für den VLB aber ist dies keine dauerhafte Lösung. Deshalb fordert er den Freistaat auf, die Studiengänge möglichst rasch umzustellen und genügend Planstellen zur Verfügung zu stellen.

*

Die Nachfrage nach dem Lehramt an beruflichen Schulen ist freilich auch abhängig von dessen Tätigkeitsprofil. Dies stellt sich gegenwärtig jedoch wenig attraktiv dar, so dass gut qualifizierte Studienabsolventen nur zu gern den Angeboten der Wirtschaft folgen.

Die Erhöhung von Arbeitszeit- bzw. Unterrichtspflichtzeit nämlich haben sich an den beruflichen Schulen als völlig kontraproduktiv erwiesen. Die Lehrkräfte sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt. Die Veränderungen in der Wirtschaft – die beruflichen Schulen sind durch die Lern-

„Der VLB fordert eine spürbare Arbeitsentlastung der Kolleginnen und Kollegen.“
Landesvorsitzender Hermann Sauerwein beim Interview mit dem regionalen Rundfunk.



ortkooperation unmittelbar an die Entwicklung in der Wirtschaft angekoppelt – die Herausforderungen durch die Themen Schulentwicklung und Qualitätssicherung, ein zunehmend erhöhter Prüfungsaufwand sowie vermehrte Probleme durch überproportional große Klassen und immer schwierigere Schüler führen zu Belastungen, die oft weit über das Zumutbare hinausgehen. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Lehrkräfte an beruflichen Schulen wird mit 46,8 Stunden beziffert. Dies ist durch unabhängige Institute nachgewiesen. Der VLB aber warnt: Die für die Unterrichtsgestaltung so nötige Gelassenheit und Ruhe sowie die Fähigkeit, jungen Leuten Aufbruchstimmung zu vermitteln, können nur zu leicht auf der Strecke bleiben.

*

Die permanente Überforderung kann zum Burnout-Syndrom führen und insbesondere bei älteren Lehrkräften ernsthafte Erkrankungen nach sich ziehen. So entsteht ein gefährlicher Teufelskreis: Durch Vertretungen werden die Lehrer zusätzlich belastet und der Gefahr ausgesetzt, ebenfalls auszufallen. Es spricht Bände, dass in einem Beruf, der von den meisten einst mit viel Enthusiasmus und Idealismus gewählt wurde, nur noch 15 % das reguläre Pensionsalter erreichen. Wenn wir berufliche Bildung u.a. im Interesse der Standortsicherung und der Wirtschaft neu denken wollen, muss dieser Teufelskreis schnellstens durchbrochen und die

Warnungen der Arbeitsmedizin ernst genommen werden.

Der VLB fordert kurzfristig eine spürbare Arbeitsentlastung für die Kolleginnen und Kollegen in Verbindung mit verstärkter Sozialarbeit durch Sozialpädagogen und Psychologen in den schwierigen Klassen der beruflichen Schulen. Wir sind darüber hinaus offen für leistungsbezogene Vergütungssysteme in bundeseinheitlicher Regelung und sehen in eher handlungsautonomen beruflichen Schulen eine Chance zu höherer Effizienz.

*

Der VLB ist die Landesvertretung für alle Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern. Er hat rund 7500 Mitglieder. Die im Abstand von zwei Jahren durchgeführten Bildungskongresse dienen der bildungspolitischen und dienstrechtlichen Standortfindung sowie der Fortbildung. Sie haben aber auch den Zweck, die Probleme der beruflichen Bildung einer breiten Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rücken.

Die Kongresse finden jeweils in einem anderen Bezirk des Freistaats statt und werden von dem jeweiligen VLB-Bezirksverband ausgerichtet.

Beim Berufsbildungskongress in Bamberg stehen u.a. Neuwahlen auf dem Programm. Landesvorsitzender Hermann Sauerwein legt nach dreizehn Jahren sein Amt in jüngere Hände. Hauptrednerin bei der Festveranstaltung im Bamberger E.T.A.-Hoffmann-Theater ist Kultusministerin Monika Hohlmeier. <

Zwischen Reformstau und Finanznot aufgerieben

Bildungskongress des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. – „So gut wie keine Lobby“

BAMBERG. Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) will während seines Bildungskongresses, der noch bis Samstag unter dem Motto „Berufliche Bildung neu denken – der VLB“ in Bamberg stattfindet, Öffentlichkeit und Politik sensibilisieren und mobilisieren.

von Torsten Geiling

Derzeit sind bayernweit noch immer 15 000 Hauptschulabgänger ohne Lehrstelle. Allein in Oberfranken suchen 1 166 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Diese Zahlen zeigten, dass die berufliche Bildung zwischen Reformstau und Finanznot aufgerieben werde. In den Protesten und Diskussionen um die Einführung des G8 seien die beruflichen Schulen nämlich weitgehend in Vergessenheit geraten. Das meinen zumindest der Landesvorsitzende des VLB, Hermann Sauerwein, und sein Stellvertreter Hans Käfler. Sie verweisen bekräftigend darauf, dass 70 bis 80 Prozent der Schüler einer Altersgruppe den Weg in den Beruf über die beruflichen Schulen gehen. „Der Rest ist im Gymnasium.“

„Wir müssen uns wieder auf die Mehrheit der Jugendlichen konzentrieren“, fordert Sauerwein, zumal das duale System – einst das Flaggschiff unter den europäischen Ausbildungssystemen – deutlich angeschlagen sei und deshalb „durch andere Ausbildungsmodalitäten ergänzt werden muss.“ Nur noch 55 Prozent aller Ausbildungsgänge verlaufen dual, früher waren es 75 Prozent. Kein Wunder aus Sicht von Sauerwein und Käfler, dass immer mehr Schulabgänger ohne Lehrstelle bleiben.

„Der Staat kann die jungen Leute aber nicht im Regen stehen lassen“, wiederholt Sauerwein eine langjährige Forderung des VLB, der das Angebot an ein-, zwei- und dreijährigen Berufsfachschulen erhöhen möchte, „wenn schon die Wirtschaft ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht gerecht wird.“ Es gebe zu viele Jugendliche ohne Perspektive. „Das kann so nicht weitergehen, denn dies ist der direkte Weg in die Sozialhilfe, ganz abgesehen vom sozialen Sprengstoff, der dort entsteht.“



In Bamberg machen der Landesvorsitzende des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB), Hermann Sauerwein (links), und sein Stellvertreter Hans Käfler auf die schlechte Situation aufmerksam. Der VLB hält derzeit seinen Bildungskongress in Bamberg ab. Foto: tog

„Das können wir uns als Volkswirtschaft und Gesellschaft nicht leisten“, sagte Sauerwein. Es gebe eine staatliche Verpflichtung zur Ausbildung. Da vor der bayerischen Verfassung alle Menschen gleich sind, dürften nicht nur Gymnasiasten und Hochschüler gefördert werden. Der VLB-Landesvorsitzende plädiert nicht zuletzt deshalb dafür, sogenannte „Intensivierungsstunden“, „die nun im Gymnasium eingeführt wurden, in erster Linie in die Hauptschule umzuschichten. Denn dort sitzen die Jugendlichen, die übrig bleiben.“

Doch das Defizit an Ausbildungsplätzen wirke sich auch auf die höher qualifizierten Absolventen der Real- und Wirtschaftsschulen sowie der M-Züge aus. „Weil sie keine Lehrstelle finden, weichen viele auf die Fachoberschule aus, obwohl sie dazu nicht das Zeug haben“. Dort füllen sie kurzfristig die Klassen, verfälschten das Leistungsbild und bewirkten durch eine hohe „Versagerquote“ ein schlechteres Image dieser beruflichen Oberstufenschulen.

Auf der Suche nach besseren Lösungen habe sich der VLB im benachbarten Ausland umgeschaut, beispielsweise in Österreich, wo die Regierung im Hinblick auf diese Zielgruppe doppelqualifizierende Bildungsgänge geschaffen hat, die einen weiterführenden Schul- und gleichzeitig einen Berufsabschluss ermöglichen. Bei der Umsetzung der

dringend nötigen Reformen bedürfe es nicht nur einer ausreichenden Zahl, sondern vor allem auch entsprechend qualifizierter Lehrkräfte. Doch gerade diesbezüglich stehen die Zeichen auf Sturm: „Ein großer Teil der Kollegien ist überaltert. An den Berufsschulen in Bayern fällt zudem derzeit mit rund 3500 Stunden knapp fünf Prozent des Pflichtunterrichts aus. In FOS und BOS sind es sogar zehn Prozent.“

„Hier zeigt sich einmal mehr, dass die Schüler an beruflichen Schulen so gut wie keine Lobby haben“, meint der stellvertretende VLB-Landesvorsitzende Hans Käfler. Dabei halte man sich personell seit geraumer Zeit schon mit Seiteneinsteigern über Wasser, da die Zahl der Referendare nicht ausreiche. „Im nächsten Jahr werden 400 fertig, 700 brauchen wir aber mindestens“, sagte Käfler, weshalb der Freistaat die Studiengänge und den Beruf attraktiver gestalten und vor allem genügend Planstellen schaffen müsse.

Käfler fährt fort, dass die Erhöhung von Arbeitszeit- bzw. Unterrichts-pflichtzeit kontraproduktiv gewesen sei. „Die Lehrkräfte sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt“. Schon jetzt betrage die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines Lehrers an beruflichen Schulen 46,8 Stunden. Eine weitere Stunde soll im nächsten Schuljahr hinzukommen, „dabei haben wir bereits die gleiche Stundenzahl wie eine Lehrkraft einst nach dem zweiten Weltkrieg“. Deshalb werde der VLB, als Standesvertretung für alle Lehrer an beruflichen Schulen mit 7 500 Mitgliedern, in der heutigen Hauptveranstaltung auch von der Schirmherrin des Bildungskongresses, der Bayerischen Staatsministerin für Unterricht und Kultus Monika Hohlmeier, fordern, eine spürbare Arbeitsentlastung für die Kollegen in Verbindung mit verstärkter Sozialarbeit umzusetzen. Dabei stehe der Verband leistungsbezogenen Vergütungssystemen in bundeseinheitlicher Regelung offen gegenüber – „wenn der Rahmen passt.“ Denn dann könne man auch das Ziel angehen, das der PISA-Spitzenreiter Finnland als Motto seines Bildungssystems ausgerufen hat: „Kein Schüler bleibt auf der Strecke“.

Fränkischer Tag Bamberg, vom 27. November 2004

Bildung möglichst breit fächern

Monika Hohlmeier beim VLB-Kongress in Bamberg – dual ausbilden

BAMBERG. Bildung und Ausbildung zu intensivieren sowie die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen beschwor gestern in Bamberg Monika Hohlmeier, Staatsministerin für Unterricht und Kultus. Sie war Hauptrednerin beim 7. Berufsbildungskongress des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB).

von Wolfgang Bauer

Landesvorsitzender Hans Käfler konstatierte, dass das duale Ausbildungssystem nicht nur unter einem „Mengenproblem“ leide, sondern ebenso unter einer „fortgeschrittenen Reformitis“. Berufsschulen seien hoffnungslos überfüllt. Die Schaffung „neuer Berufsbilder in Dutzendware“ sei aber wenig geeignet, um die aktuellen Probleme zu lösen. Auch trage ein „Wucherwerk an Reglementierungen“ zu entbehrlicher Erschwernis und Frustration bei. Weil Lehrer nicht nur „Vorschriften-Umsetzer“ seien forderte Käfler mehr Freiheit und mehr Vertrauen. Bildung müsse den Stellenwert erhalten, der „der wichtigsten Ressource der Gesellschaft“ entspreche. Momentan verkomme

der Erziehungsauftrag der Lehrer zu Disziplinierungsmaßnahmen. Warteschlangen für Jugendliche seien keine Lösung: Stattdessen müsse mehr Geld für ein Bildungssystem ausgegeben werden, welches das Potential erkenne, das in beruflicher Bildung liegt. Hohlmeier pflichtete bei und verwies gleich darauf, dass Bayern Absolventen-Weltmeister sei mit einer Bildungsstruktur, die Abitur und berufliche Bildung kombiniert.

Künftig werde das Bildungsniveau noch stärker als bisher die Arbeitsmarktchancen eines jeden Einzelnen beeinflussen. Gleichzeitig nehme die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für Unqualifizierte immer mehr ab. Die Kultusministerin betonte, dass das

duale System der Ausbildung Basis der beruflichen Bildung „ist und bleibt“. Für die Wirtschaft ergebe sich daraus die Erkenntnis und Verpflichtung, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auszubilden.

Grundsätzliche müsse das „Spektrum, mit dem man junge Menschen qualifizieren kann, so groß wie möglich gemacht werden“. Das duale Ausbildungssystem durchlaufe aber momentan eine schwere Phase: Während sich die Zahl von Berufsausbildungsstellen um rund 10 Prozent verringert habe, sei die Zahl gemeldeter Bewerber um fast 8 Prozent gestiegen. Gerade berufliche Schulen leisten einen bedeutenden Beitrag zur Entlastung des Ausbildungs-Stellenmarktes, lobte die Ministerin.



Formell freundlich, in der Sache anschließend durchaus hart: VLB-Landesvorsitzender Käfler (rechts) und Kultusministerin Hohlmeier, mit im Bild Bambergs OB Herbert Lauer. FT-Foto: Ronald Rinklef

„Was mich ungemein stört ist, dass das Spektrum der Berufe, die für Hauptschüler erreichbar sind, immer kleiner wird“, so die Rednerin. Angesichts der Anforderungen sei der Bogen „vielfach überspannt“.

Zum Abbau von Reglementierungen unterbreitete Hohlmeier dem VLB das Angebot, gemeinsam die Regelwerke zu durchforsten. Für Aktualisierungen sei das Kultusministerium offen. Mann müsse dann aber auch über das Wie der Umsetzung miteinander reden.

Den beruflichen Schulen bescheinigte Monika Hohlmeier ein beispielhaftes Tempo bei der Anpassung an aktuelle Gegebenheiten. „Davon könnten sich weite Teile der Wirtschaft eine Scheibe abschneiden.“

„Wir haben den Termin leider nicht vorgesehen“

Es ist Montag, der 29. November. Am Samstag war in Bamberg unser Berufsbildungskongress zu Ende gegangen. Ich sitze beim Morgenkaffee und blättere in der Süddeutschen. Vor mir liegt der Bayernteil. Trotz Basler geht's abwärts mit Jahn Regensburg, erfahre ich und auch beim FC Augsburg steht's nicht zum Besten. Ein aufwändiger Beitrag mit einem großen Bild. Donnerwetter.

Vergebens halte ich Ausschau nach einem Bericht über unseren Berufsbildungskongress. Pech gehabt, wieder nichts drin. Natürlich nicht, denn als ich vor der Veranstaltung in der Redaktion angerufen hatte, wurde mir beschieden: „Wir haben den Termin leider nicht vorgesehen, aber Sie haben doch sicher ein Pressepapier.“ Haben wir. Also nichts wie hin damit. Doch für die Katz', wie ich sehe.

Ärger kommt hoch, die Pulsfrequenz steigt. Abbestellen das Blatt, einfach abbestellen. Einen deftigen Brief schreiben an die Redaktion, am besten gleich heute! Und so fort.

Es ist halt die alte Geschichte: Die Medien tun sich schwer mit den beruflichen Schulen. Schlecht besucht war das Pressegespräch in Bamberg ganz schlecht. Keine dpa, kein Fernsehen, keine SZ. Trotz zahlreicher Einladungen, die hinausgegangen waren. Mein Gott, wieviel Presserummel gab es beispielsweise um das G8! Die Probleme beruflicher Schulen sind doch nicht minder. Aber wir haben einfach keine Lobby für unsere jungen Leute. Dabei sind sie es doch, die einen Großteil des Bruttosozialproduktes erwirtschaften sollen, wenn sie mal fertig sind.

Die Medien machen Meinung: Gegenüber den beruflichen Schulen ist sie nicht unbedingt schlecht, die öffentliche Meinung, aber eben gleichgültig. Von der gern beschworenen Gleichwertigkeit der Bildungsgänge sind wir offenbar meilenweit entfernt. Trotz zahlreicher Sonntagsreden und Lippenbekenntnisse. Andere europäische Länder sind da weiter. Hören Sie nur einmal die Schweizer von ihrer Berufsmatura schwärmen. Oder die Österreicher von ihrer Doppelqualifikation.

Gedankenversunken habe ich weitergeblättert in der SZ, bin auf interessante Beiträge gestoßen. Vielleicht sollte ich also doch noch warten mit dem Abbestellen. Peter Thiel

Spitzengespräch zum Thema „IHK-Berufsabschlussprüfungen“

Auf Initiative des VLB hat die IHK München/Oberbayern zu einer Verhandlungsrunde („Runder Tisch“)

eingeladen, um Lösungsansätze bei der Mitwirkung von Lehrkräften bei Berufsabschlussprüfungen zu finden.



Die Teilnehmer des Gesprächs, von links: MD Josef Erhard (Kultusministerium), Dr. Reinhard Dörfler (Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelstages), MinDirig. Hans-Wilhelm Thomé (Kultusministerium), Hans Käfler (VLB), Hermann Sauerwein (VLB), Dr. Josef Amann (vorne, IHK München/Obb.), Wolfgang Lambl (VLB), Prof. Dr. Dr. Habitzel (Bayer. Wirtschaftsministerium).

Die VLB-Vertreter brachten als Forderung wiederum die Regelung einer zeitlichen Anrechnung als auch die angemessene Entschädigung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Mitwirkung der Lehrkräfte an Berufsabschlussprüfungen ein.

Sowohl die Vertreter des Kultusministeriums als auch der IHK haben die Prüfung dieser Vorschläge zugesichert. Es wurde vereinbart, dass die „Ergebnisse“ voraussichtlich bis zum 7. VLB-Berufsbildungskongress in Bamberg auf dem „Tisch“ liegen (siehe auch letzte Umschlagseite).

Inzwischen zeigt die VLB-Aktion Wirkung über die Grenzen des Freistaats hinaus:

In Hessen hat unsere Aktion bewirkt, dass die Prüfertätigkeit bei Berufsabschlussprüfungen in das Arbeitszeitmodell für Lehrer an beruflichen Schulen einbezogen wird. Vor diesem Hintergrund bekommt unsere Aktion eine neue zusätzliche Dimension. <

Erträge von Pressegesprächen des Landesvorsitzenden:

Main-Echo Aschaffenburg, 23. Oktober 2004

„Jungarbeiterklassen bringen nichts“

VLB-Vorsitzender fordert intensivere Forderung von Jugendlichen an Berufsschulen

Würzburg. Sie haben keine Lehrstelle und oft auch keinen Schulabschluss – etwa 1000 unterfränkische Jugendliche sitzen ihre Zeit in so genannten Jungarbeiterklassen ab. Mindestens 30 solcher Klassen gibt es im Regierungsbezirk. Pädagogisch, so Hermann Sauerwein vom Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB), bringen sie „absolut nichts“.

Die an den Berufsschulen angesiedelten Jungarbeiterklassen werden einmal einmal wöchentlich von den Jugendlichen besucht. Außer dem Schulbesuch haben die jungen Menschen meist keine Beschäftigung, so Sauerwein. Viele haben einen hohen Förderbedarf, was von der Staatsregierung konsequent ignoriert werde.

Keine Chance auf eine Lehrstelle

Weil sich „problematische“ junge Menschen zunehmend schwerer auf dem Ausbildungsmarkt tun, werde ihre berufliche Qualifizierung immer notwendiger. Der Vorsitzende des VLB verweist auf den Bezirk der Aschaffener Arbeitsagentur, wo Ende September noch knapp 230 Jugendliche ohne Lehrstelle dastanden. Dies waren fast 35 Prozent mehr als im Herbst 2003. Mindestens 25 neue Lehrer müssten in unterfränkischen Berufsschulen eingestellt werden, um jugendliche

ohne Lehrstelle fit für den Ausbildungsmarkt zu machen. Derzeit gelinge es kaum einem Jugendlichen, nach Abschluss der Jungarbeiterklasse einen Ausbildungsplatz zu ergattern. Höchstens zehn Prozent der unterfränkischen Absolventen seien im Stande, ihren Hauptschulabschluss in den Jungarbeiterklassen nachzuholen.

„Pädagogisch unhaltbar“

Weil ein hoher Prozentsatz der Jugendlichen in den Jungarbeiterklassen zu Hause keinerlei Förderung erhalte, sei die Einstellung von Sozialpädagogen an Berufsschulen dringend notwendig, fordert der VLB-Vorsitzende. Grundsätzlich sollte der Freistaat den Jugendlichen Vollzeitunterricht mit hohem Praxisanteil anbieten. Die Jungarbeiterklassen in ihrer derzeitigen Form müssten als „pädagogisch unhaltbar“ endlich abgeschafft werden.

Vor wenigen Tagen warb der VLB-Vorsitzende bei der CSU-Landtagsfraktion für seine Vorstellungen einer besseren Berufsschulförderung von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz. Nachdem das Jahr 2004 im Zeichen des G 8 stand, hieß es, werde 2005, der beruflichen Bildung höchste Priorität eingeräumt. Gleichzeitig ließen die Abgeordneten durchblicken, dass auch künftig nicht

alles pädagogisch Wünschenswerte politisch erfüllbar sei.

Nicht nur in den Jungarbeiterklassen liegt vieles im Argen, unterstreicht der ehemalige Leiter der Würzburger Franz-Oberthür-Berufsschule. Weil der Freistaat die Mittel für die berufliche Bildung heuer stark kürzte, fällt bayernweit derzeit zehn Prozent des Unterrichts an Fachoberschulen (FOS) aus. Die sinkenden Staatszuschüsse stehen dabei im krassen Gegensatz zum jährlich um zehn Prozent wachsenden Schüleraufkommen.

Unterricht fällt aus

Die Mittelkürzungen führen weiter dazu, dass aktuell in Unterfranken knapp fünf Prozent des Pflichtunterrichts an Berufsschulen ausfällt. Das seien mindestens 350 Unterrichtsstunden pro Woche. Für Sauerwein ist klar: „Der Freistaat will die Berufsschulen bis zum demografischen Wandel durchhungern.“

In „Rage“ bringt Sauerwein, dass die Berufsschulen in erster Linie für das G 8 „bluten“, müssen. Im G 8 erhalten die Schüler seit diesem Jahr Intensivierungsstunden. Für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, die dringend eine intensivere Betreuung brauchten, interessiere sich dagegen keiner. Pat Christ

Experten an die Tafel

Weil der Staat Stellen spart, dürfen immer mehr Nicht-Lehrer unterrichten – das könnte Schule machen

Es war nur eine Bitte. Ob die Eltern denn bereit wären, als Aushilfskräfte für kranke Lehrer einzuspringen – vorausgesetzt, sie verfügten über Qualifikationen wie ein Diplom oder einen Magister. Lediglich vorausschauend war dieser Aufruf eines Münchner Schuldirektors – noch ist der Notstand nicht ausgebrochen. Doch sein Brief versetzte Eltern, Lehrer und Politiker in Wallung. Die Opposition im Landtag sprach von einer „bildungspolitischen Bankrotterklärung“, und auch bei den Berufsverbänden löste das Rundschreiben Proteste aus. 1500 Unterrichtsstunden seien im Pisa-Spitzenland Bayern nicht abgedeckt, schimpfte sogleich der Philologenverband.

Zweifellos, die Schulen könnten mehr Personal vertragen. Schließlich steht und fällt damit die Qualität im Klassenzimmer, wo sich immer häufiger bis zu 36 Schüler tummeln; und der Zugang lässt die Zahlen weiter steigen. Junge Lehrer gäbe es zwar genügend, doch keine Schule wird mehr Stellen erhalten. Der Staat will sparen – auch wenn die Bildung ein Schwerpunkt der Staatsregierung ist. Auf öffentlichen Druck hin wurde im Juli lediglich der Etat für Aushilfsverträge um vier Millionen Euro aufgestockt.

Die Verärgerung ist einerseits verständlich. Andererseits übersehen die Kritiker, dass es nicht nur an Mitteln mangelt, sondern auch an Fachleuten. In Mathematik, Physik oder Latein ist der Markt für Gymnasiallehrer leergefegt. Aus der Not heraus wirbt Kultusministerin Monika Hohlmeier bereits Diplomingenieure für Mathematik und Physik an. 50 Bewerber sollen 2005 zugelassen werden: Zweifellos ist dieser Mangel auch eine Folge falscher Einstellungspolitik im Kultusministerium. Doch selbst wenn

Prognosen das glauben machen wollen, nicht jede Entwicklung ist abschätzbar. Heute schreiben sich immer weniger Studenten in den naturwissenschaftlichen Fächern ein. Und die es tun, finden in der Wirtschaft oft bessere Jobs.

Berufsschulen sind mit diesen Problemen längst vertraut. Dort kämpft man schon seit Jahren gegen den Lehrermangel an. Weniger bei Fachlehrern für den praktischen Unterricht als eben bei Allgemein- oder Fachwissenschaften wie Mathematik und Wirtschaft. Allein in diesem Schuljahr wurden hier 136 Bewerber aus anderen Berufsgruppen verpflichtet. Besonders gefragt sind diplomierte Ingenieure und Kaufleute. Seit 2002 steht ihnen in Bayern der Weg ins Berufsschullehramt offen. Warum auch nicht? Sie belegen häufig dieselben Kurse an der Universität in Ingenieurwissenschaft oder Betriebswirtschaft.

Was das Fachwissen angehe, sagt der Verbandsvorsitzende der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern, Hermann Sauerwein, gebe es auch kaum Klagen. Was fehle, sei eher die pädagogische Erfahrung. Doch Kenntnisse in Psychologie und Didaktik müssen die Quereinsteiger ohnehin nachholen. Bevor sie als hauptberufliche Lehrer auf Schüler losgelassen werden, haben sie wie jeder Anwärter ein zweijähriges Referendariat abzulegen.

Verbandschefs wie Sauerwein haben lieber Absolventen aus Lehramtsstudiengängen als Kollegen, schon weil sie ihre Mitglieder schützen müssen. Auch haben Veränderungen, die aus der Not heraus geboren werden, immer einen negativen Beigeschmack. Doch so wirklich triftige Gründe, weshalb studierte Lehrer bessere Pädagogen sein sollen, gibt es nicht. Ihr Studium allein

gewährleistet das jedenfalls nicht – im Gegenteil: Internationale Vergleichsstudien wie Pisa oder Timss lehrten auch die Bayern, dass ihr Unterricht zu verkopft ist, dass Praxisbezüge fehlen. Deshalb muss nun auch die Lehrerbildung generalüberholt werden. Wer aber fünf Jahre in der Wirtschaft tätig war – das ist zurzeit die Einstellungs Voraussetzung für alle Spätberufenen – der hat gerade nicht den Tunnelblick, der denen so gerne nachgesagt wird, die, abgesehen vom Studium, nur die Schule kennen.

Vielleicht ist alles auch nur eine Frage der Zeit, bis die neuen Kollegen sich im Lehrerzimmer etablieren. So skeptisch Sauerwein Quereinsteigern auch begegnet, so ist er doch überzeugt, dass sich, in nicht allzu ferner Zukunft der Schuldienst noch viel stärker öffnen wird. Wenn nämlich das Studium im Zuge der Internationalisierung der Hochschulabschlüsse einen Bachelor und Master integrieren muss. Dann dürfte es die Regel werden, nach dem Bachelor in die Wirtschaft zu gehen, um ein paar Jahre später an die Hochschule zurückkehren, um doch noch Lehrer zu werden. Oder ein Student schließt an den Bachelor gleich einen Master und ein Staatsexamen an, um sich möglichst viele Wege am Markt offen zu halten.

Warum soll nicht ein Ingenieur mit 55 Jahren plötzlich Lust verspüren, jungen Menschen etwas beizubringen? Bittbriefe an die Eltern wie der des Münchner Schuldirektors, gelegentlich als Aushilfskräfte einzuspringen, dürften dann wohl nicht mehr nötig sein – vorausgesetzt, dass auch die Altersgrenze noch fällt. Bisher dürfen Quereinsteiger höchstens 38 Jahre alt sein, wenn sie sich bewerben. Warum das so ist, das kann auch Sauerwein nicht erklären. *Christine Burtscheidt*

Wirtschaftsverbund fordert massive Erhöhung der Bildungsausgaben

Wirtschaftsvertreter haben eine massive Erhöhung der Bildungsausgaben und eine grundlegende Bildungsreform in Deutschland gefordert. Die Gesamtausgaben für Bildung müssten jährlich um 34,4 Milliarden Euro und damit um rund 30 Prozent im Vergleich zum jetzigen Stand steigen, heißt es in einem von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) in Berlin vorgelegten Finanzkonzept zur Erneuerung des Bildungssystems. Die Studie knüpft an den im Vorjahr erschienenen Band „Bildung neu denken! Das Zukunftsprojekt“ an. Der Fi-

nanzplan dazu sieht vor, die Lasten auf die Unternehmen, Individuen und den Staat, neu zu verteilen.

Nach der von Erziehungswissenschaftler Dieter Lenzen, der Prognos AG und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erstellten Studie wären von den Mehrausgaben die Bundesländer am stärksten betroffen, denen auch die Gestaltungshoheit obliegt. Den Vorstellungen zu Folge soll sich die künftige Bildungsfinanzierung am Konzept des „vollkommenen Marktes“ orientieren.

Danach sollen die Privathaushalte durch den Wegfall der Gebühren im Primärbereich entlastet, unter anderem aber durch den privaten Kauf der Lehrmittel belastet werden. Unternehmen sollen keine Ausbildungsvergütung mehr zahlen, dafür aber vermehrte Anstrengungen im Weiterbildungsbereich machen.

Die Untersuchung kreidet eine herrschende Ungerechtigkeit in der gegenwärtigen Finanzierung des Bildungssystems an. Die Gerechtigkeitslücke entstehe beispielsweise dadurch, dass schlechter verdienende Arbeiter mit ihren Steuern Ausbildungen finanzieren, die ihre Kinder nicht in Anspruch nehmen. Auch könnten wegen der Gebührenpflicht für Kin-

dertagesstätten junge, schlechter gestellte Familien diese Angebote nicht wahrnehmen.

Die bayerische Wirtschaft mahnte eine grundlegende Bildungsreform bis zum Jahr 2020 an. „Wir erleben die Folgen des Staatsversagens in Bildungsfragen. Zehn Prozent der Schulabgänger bleiben ohne Abschluss, 20 Prozent sind nicht berufsbildungsfähig. Dies spricht eine deutliche Sprache,“ sagte vbw-Präsident Randolph Rodenstock. Wenn nichts passiere, werde es „auch weiterhin 30 Prozent Studienabbrecher und eine weit unter dem OECD-Durchschnitt liegende Hochschulabsolventen-Quote geben“.

Die Wirtschaftsvereinigung kritisierte ausdrücklich die „massiven soziale Ungleichheiten bei den Bildungsabschlüssen und beim Übergang zwischen den Schultypen. Die fehlende Bildungsgerechtigkeit sei gravierend sowohl für

die Betroffenen als auch für die Gesellschaft, der „qualifizierungsfähiges Humankapital“ entzogen wird, heißt es in der Studie. Um den künftigen Bedarf an Höherqualifizierten decken zu können, sollten Bildungsreserven aus bildungsfernen Schichten, unter den Frauen, Zuwanderern und aus der Gruppe der Lernschwachen aktiviert werden. Zudem setzt der Bericht stark auf Weiterbildung.

Die Autoren schlagen vor, Kinder früher einzuschulen, auf Klassenwiederholungen zu verzichten, den Unterricht in Ganztagschulen zu verdichten, Ferienzeiten zu verkürzen und eine so genannte Bildungsbiografieberatung einzuführen. Lehramtsstudierende sollen vor Beginn des Studiums erst einen Leistungs- und Eignungstest ablegen. Falls sich ein Lehrer nicht an Weiterbildungsmaßnahmen beteiligt, soll er die Lehrbefähigung verlieren. *-dpa-*

mögen in Lesen und Textverständnis. Sie zählen damit zur Risikogruppe auf dem Arbeitsmarkt. Der Bielefelder Erziehungswissenschaftler und PISA-Forscher Klaus-Jürgen Tillmann fordert dazu eine Neu-Definition von Bildungsstandards. „Zur Pflichtaufgabe“ jeder Schule müsse gehören, auch diesen Kindern eine vernünftige Schulbildung zu vermitteln.

Die soziale Schieflage im deutschen Bildungssystem ist nicht erst seit PISA bekannt. Der Dortmunder Schulforscher Hans-Günter Rolf: „Seit Mitte der 60er Jahre gibt es dafür robuste empirische Belege.“ Für die Gesellschaft, ja insbesondere für Bildungspolitikern wie für Lehrer, sei dies offensichtlich „ein Ärgernis, das lieber verdrängt wird“.

Gleich, ob man dabei frühere Mikrozensus-Auswertungen (kleine Volkszählungen) zu Grunde legt oder die regelmäßigen Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes – die Tendenz ist übereinstimmend: Jedes fünfte Kind von Vätern mit Hauptschulzeugnis besucht eine Universität. Dagegen nehmen 84 Prozent der Kinder von Vätern mit Abitur ein Studium auf.

Angesichts der im internationalen Vergleich zu geringen deutschen Abiturienten- und Akademikerzahlen sprechen Bildungsforscher von einer „Verschleuderung von Humanressourcen“. Die Autoren der PISA-Studie machen für diese Probleme auch die deutsche Schulstruktur mit ihrer frühen Aufteilung der Kinder auf Haupt-, Realschule und Gymnasium verantwortlich – weltweit inzwischen einmalig. Der deutsche PISA-Chef-Forscher Jürgen Baumert vom Berliner Max-Planck-Institut gilt wahrlich nicht als Freund der Gesamtschule. Gleichwohl spricht Baumert hier von einer „Ungerechtigkeit“, die beseitigt werden müsse.

Doch bei den Kultusministern herrscht Achselzucken. Die deutsche Schulstruktur ist tabu. Einzig Schleswig-Holsteins Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) will die soziale Frage jetzt auch auf die Agenda der Kultusministerkonferenz (KMK) setzen. *Karl-Heinz Reith (dpa)*

Achselzucken bei den Kultusministern

Drei Jahre nach dem mangelhaften deutschen Abschneiden beim ersten weltweiten PISA-Schultest haben die Kultusminister in Berlin Reform-Bilanz gezogen: Elf bundesweite Bildungsstandards, die in den wichtigsten Fächern die bisher eher unverbindlichen und verschiedenartigen Lehrpläne von 16 Bundesländern ablösen, sind bis Jahresende unter Dach und Fach. Einig ist man sich über frühkindliches Lernen im Kindergarten, über mehr Leseförderung ebenso wie über Sprachkurse und Einschulungstests für Migrantenkinder.

Die Veröffentlichung von PISA II steht Anfang Dezember an. Und vorsorglich beteuern unisono alle Minister, dass ihre Reformen so schnell in den Schulen nicht wirken konnten. Offenbar haben sie schon ein neues Desaster vor Augen.

Doch PISA hatten den Deutschen nicht nur in Sachen Schulleistung unterstes Mittelmaß bescheinigt. Im Vergleich der 31 Industriestaaten versagt kein anderes Bildungssystem bei der

schulischen Förderung von Kindern aus dem unteren sozialen Milieu so sehr wie das deutsche. Das gilt nicht nur für Migrantenkinder mit Sprachproblemen. Das gilt für deutsche Arbeiterkinder gleichermaßen.

Selbst bei gleicher Intelligenz und Lesevermögen hat ein Zehnjähriger aus einem Akademikerhaushalt bundesweit eine drei Mal größere Chance, das Gymnasium zu besuchen als ein Facharbeiterkind. In Bayern ist die Chance für das Arbeiterkind sogar sechs Mal niedriger. Herkunftsbedingte Nachteile werden im Laufe der Schulzeit nicht abgebaut, sondern weiter verschärft. Setzt man beim Schulstart die gleiche Intelligenz voraus, so ist bei einem 15-jährigen Gymnasiasten die individuelle Schulleistung um 49 PISA-Punkte höher als bei einem Hauptschüler. 49 Punkte entsprechen einem Lernrückstand von 1,5 Schuljahren.

Etwa 40 Prozent der 15-jährigen deutschen Arbeiterkinder verlassen die Schule mit unzureichendem Ver-

Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an den VLB

Richtlinien für die dienstliche Beurteilung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern; hier: Verlängerung des laufenden Beurteilungszeitraums

Sehr geehrte Damen und Herren, gemäß Nr. 6.2.1 Buchst. a und b der Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern (KMBek vom 28. 03. 2000, KWMBI I S. 96) umfasst der Beurteilungszeitraum grundsätzlich vier Kalenderjahre und schließt an den Zeitraum der vorangegangenen Beurteilung an, der zuletzt im Jahr 2001 endete. Nach dieser Regelung würde der laufende Beurteilungszeitraum Ende 2005 enden. Da sich der Erlass der neuen Beurteilungsrichtlinien verzögert, werden entsprechend dem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 17. 06. 2004 (Drs. 15/1199) die für Ende 2005 anstehenden periodischen Beurteilungen um ein Jahr aufgeschoben. Der laufende Beurteilungszeitraum verlängert sich also bis 31. 12. 2006.

Nicht betroffen von der Verlängerung des laufenden Beurteilungszeitraums sind Lehrkräfte an Volksschulen, für die gemäß Nr. 6.2.1 Buchst. b

Absatz 2 der Beurteilungsrichtlinien individuelle Beurteilungsjahre gelten und die nach den beiden KMS vom 14. 10. 2002 Nr. IV/6-P4010/2-6/116972 und vom 24. 10. 2002 Nr. IV/6 P 4010/2-6/116277 über die „Dienstliche Beurteilung von Grundschullehrern und Hauptschullehrern; hier: Übergangsregelung“ nach der ersten periodischen Beurteilung nur noch auf eigenen Antrag hin periodisch beurteilt werden.

Für die in Nr. 6.2.1 Buchst. b Absatz 3 Satz 1 der Beurteilungsrichtlinien genannten Leiter von Volksschulen, Leiter von Seminaren für die Ausbildung von Grundschul-, Hauptschul-, Fach- und Förderlehrern sowie von Beratungsrektoren als Schulpsychologen an Volksschulen verlängert sich der laufende Beurteilungszeitraum ebenfalls bis zum 31.12.2006. Die Sonderregelung in Nr. 6.2.1 Buchst. b Absatz 3 Satz 2 für das Ende des ersten auf die Übertragung folgenden Beurteilungszeitraums ist dementsprechend auf das Beurteilungsjahr 2006 zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel
Ministerialdirigentin

Nach Meinung des Gerichtes reiche es, dass der Arbeitnehmer sich zur Reduzierung seiner Arbeitszeit erklärt und die Aufteilung der Arbeitszeit dem Arbeitgeber überlässt. Ist eine Vereinbarung über Teilzeit geschlossen, bleibt dem Arbeitnehmer nur die Möglichkeit, einen Antrag auf Wiederverlängerung der Arbeitszeit zu stellen.

Quelle: Tacheles 01-02/2004

Versorgungsabschlag bei Versetzung in den Ruhestand

Das Bundesverwaltungsgericht hat den Versorgungsabschlag bei der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit für verfassungsgemäß erklärt. In einer Entscheidung vom 19. Februar 2004 (Az. 2 C 12/03) wiesen die Richter die Revision eines betroffenen Beamten zurück. Der Versorgungsabschlag verstoße weder gegen den Grundsatz der amts angemessenen Alimentation noch gegen den der Verhältnismäßigkeit. Auch das Übermaßverbot und das Vertrauensschutzprinzip seien nicht verletzt.

Versorgungsabschlag bei Teilzeitbeschäftigung

Widerspruch gegen die Versorgungsabschlagsregelung des § 14 für Teilzeitbeschäftigte

Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat in Verbindung mit dem Urteil des europäischen Gerichtshofes die Versorgungsabschlagsregelung des § 14 für Teilzeitbeschäftigte als rechtswidrig erklärt.

Angesichts der Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes scheint eine Änderung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit der Versorgungsabschlagsregelung entsprechend § 14 notwendig. Dieses hatte die Kürzung des Ruhegehaltes in Fällen der Teilzeitbeschäftigung für gerechtfertigt angesehen.

Allen früheren teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten, deren Ruhegehalt auf der Grundlage des § 14 Beamtenversorgungsgesetz berechnet worden ist, ist deshalb anzuraten, Widerspruch gegen den Versor-

Dienstrecht Konkret

WOLFGANG LAMBL

Teilzeitantrag nicht widerrufbar

Verteilung der reduzierten Wochenarbeitszeit legt der Arbeitgeber fest

Nach einem Urteil des Arbeitsgerichts Passau vom 05. 07. 2003 ist ein genehmigter Antrag auf Reduzierung der Wochenarbeitszeit nicht widerrufbar. Im vorliegenden Fall stellte eine Angestellte einen Antrag auf Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 50 %. Diesem Antrag stimmte der öffentliche Arbeitgeber zu und legte gleich-

zeitig mit dem Bewilligungsbescheid die Verteilung der reduzierten Wochenarbeitszeit auf die Arbeitstage fest. Diese Verteilung entsprach nicht der Vorstellung der Angestellten, worauf sie den Antrag widerrief.

Die Antragstellerin erhob somit Klage vor dem Arbeitsgericht Passau auf Feststellung des Fortbestehens eines Vollarbeitsverhältnisses.

Diese Klage wurde abgewiesen. Nach dem Gericht lag eine wirksame Teilzeitvereinbarung vor, da das Schreiben des Arbeitgebers die Annahme des Teilzeitantrages darstellte.

gungsbescheid einzulegen. Dieser Widerspruch muss allerdings innerhalb der festgelegten Widerspruchsfrist eingereicht werden.

Sollte das Urteil der Rechtswidrigkeit der Versorgungsabschlagsregelung rechtskräftig werden, wird sich

das Urteil vermutlich nur auf die Ruhegehälter auswirken, zu deren Bescheiden Widerspruch eingelegt worden ist.

Ruhegehälter, deren Bescheide bereits rechtskräftig sind, werden wahrscheinlich nicht angehoben. <

gerne und jederzeit bereit, im Beamtenrecht neue Wege zu beschreiten – allerdings nur solche, die verfassungsgemäß sind“, hatte der BBB-Chef erklärt. *-dpa/lby-*

Dienstbefreiung für den Einsatz als Wahlhelfer

Rechtsgrundlagen: § 12 (5) LDO und KMS vom 08. 10. 1991 Nr. III/3-P4004/2/1-8/13 18 31

Als Ausgleich für die Beanspruchung am Wahlsonntag kann im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten ein Tag Dienstbefreiung gewährt werden, wenn dadurch dienstliche Interessen nicht beeinträchtigt werden. Dienstbefreiung darf nicht zu Unterrichtsausfall führen.

Ein Ausgleich der Interessen kann durch organisatorische Maßnahmen vor Ort herbeigeführt werden, z. B. durch:

- Einteilung von Vertretung,
 - Stundentausch,
 - Unterrichtsaushilfen,
 - Gegenrechnung für ausgefallenen Unterricht,
 - Verlegung von Unterrichtsstunden.
- lb-*

Verfassungsrichter verkünden Urteil zu Führungsbeamten auf Zeit

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof in München verkündete Ende Oktober sein Urteil zur anfangs nur befristeten Berufung von Beamten in Führungspositionen. Der Bayerische Beamtenbund (BBB) hält die in das Bayerische Beamtengesetz eingefügte Bestimmung für verfassungswidrig und hatte deshalb Popularklage erhoben.

„Wir wollen – gerade im Führungsbereich – keine willfährigen Beamten, die aus Sorge um ihre Position ihr Fähnlein nach dem Wind hängen“, hatte BBB-Chef Rolf Habermann die Klage begründet. Staatsregierung und Landtag hatten beantragt, die Klage abzuweisen. Nach ihrer Auffassung ist die angegriffene Regelung durch das gleichfalls im Beamtenrecht geltende Leistungsprinzip gerechtfertigt.

Das Bayerische Beamtengesetz sieht in Artikel 32 a vor, Ämter mit leitender Funktion zunächst nur auf Zeit zu übertragen. Dies gilt für die Positionen von Amtschefs, Bereichsleitern und Abteilungsleitern in den obersten

Landesbehörden sowie Behördenleiter, soweit sie in der Besoldungsgruppe B eingestuft sind.

Die Dauer der Amtsperiode beträgt zunächst fünf Jahre. Mit Ablauf der ersten Amtsperiode kann dem Beamten das Amt mit leitender Funktion für weitere fünf Jahre übertragen werden. Danach ist ihm die Position auf Lebenszeit zu übertragen, wenn auf Grund seiner bisherigen Amtsführung zu erwarten ist, dass er den Anforderungen des Amtes weiterhin in vollem Umfang gerecht werden wird.

Wenn der Beamte die Position nicht auf Lebenszeit bekomme, falle er nach einer oder zwei Amtsperioden in Besoldung und Pensionsansprüchen auf den früheren Rang zurück, hatte Habermann im September bei der mündlichen Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof kritisiert. Das komme einer Degradierung durch den Dienstvorgesetzten – in der Regel sei das der zuständige Minister – gleich, die sonst nur von einem Disziplinargericht verfügt werden könne. „Wir sind

Schreiben des Bayerischen Finanzministeriums:

Vollzug der Beihilfevorschriften (BhV)

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Bekanntmachung vom 11. 10. 2004 wurde ein neuer Antragsvordruck veröffentlicht, mit dem grundsätzlich nur noch eine Überweisung auf das Bezügekonto zugelassen wird. Als Anlage füge ich eine aktualisierte Fassung des Informationsblattes, das u. a. auf diese Neuerung eingeht, sowie ein Rundschreiben an die Ressorts bei.

- Es wird gebeten,
- ab sofort die Informationsblätter aktuellen Festsetzungen beizufügen,
 - die erforderlichen Vorbereitungen für eine allgemeine Unterrichtung von Beamten und Versorgungsempfängern mit den Bezügemitteilungen für den Zahltag 12'2004 zu treffen.

Sofern künftig von Beihilfeberechtigten aufgrund von alten Antragsvordrucken noch Verfügungen zugunsten von Drittkonten getroffen werden sollten, sind diese antragsbezogen ein letztes Mal zu berücksichtigen. Der Beihilfeberechtigte ist in der Festsetzung durch einen individuellen Textbaustein von der künftigen anderen Verfahrensweise entsprechend der Bekanntmachung vom 11. 10. 2004 zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Wilhelm Hüllmantel
Ministerialdirigent

Information für Beihilfeberechtigte

Die Beihilfestelle ist bemüht, Ihre Anträge so schnell wie möglich zu bearbeiten. In Zeiten mit erhöhten Antragsengängen (insbesondere Januar) sowie in den Urlaubsmonaten kann es zu Verzögerungen kommen.

Sie können jedoch selbst mithelfen, auch in diesen Zeiten die Bearbeitung Ihres Antrages zu beschleunigen, indem Sie

- im Januar Beihilfeanträge nur stellen, soweit dies unbedingt erforderlich ist (z. B. zur Wahrung der Antragsfrist von einem Jahr ab Entstehen der Aufwendungen oder der Ausstellung der Rechnung nach § 17 Abs. 9 der Beihilfavorschriften – BhV);
- Besuche und Anrufe auf die jeweiligen Sprechzeiten (siehe Beihilfebescheid) beschränken;
- Rückfragen über den Bearbeitungsstand auf das notwendige Maß beschränken. Ihre Beihilfestelle bearbeitet die Anträge nach dem Eingangsdatum. Beachten Sie, dass die Laufzeit der Dienstpost z. T. deutlich länger ist als ein Versand über Postdienste. Bei postalischem Versand gehen Ihre Anträge i. d. R. schneller bei der Beihilfestelle ein und können entsprechend früher bearbeitet werden;
- auf Ihrer Postsendung deutlich „Bezügestelle Beihilfe“ vermerken, sowie auf Ihrem Beihilfeantrag oben links das vollständige Geschäftszeichen (siehe letzter Beihilfebescheid) angeben, den Antrag unterschreiben und für evtl. Rückfragen stets Ihre Telefonnummer angeben.

Tipps für die Antragstellung

- Ein Antrag auf Beihilfe ist erst ab einer Rechnungssumme von 200 Euro möglich bzw. wenn die Aufwendungssumme aus 10 Monaten 15 Euro übersteigt (vgl. § 17 Abs. 2 BhV). Die Antragsfrist (siehe oben) ist zu beachten.
- Die beihilferechtlichen Formblätter (Antrag, Zusammenstellung der

Aufwendungen, Antrag auf Abschlagszahlung, Vollmachtserklärung und Unfallanzeige) können Sie auch im Bayerischen Behördennetz sowie im Internet abrufen, ausfüllen sowie privat abspeichern.

Bayer. Behördennetz:

www.bybn.de/bfd/formular.htm

Internet:

www.bayern.de/bezirksfinanzdirektionen/formular.htm

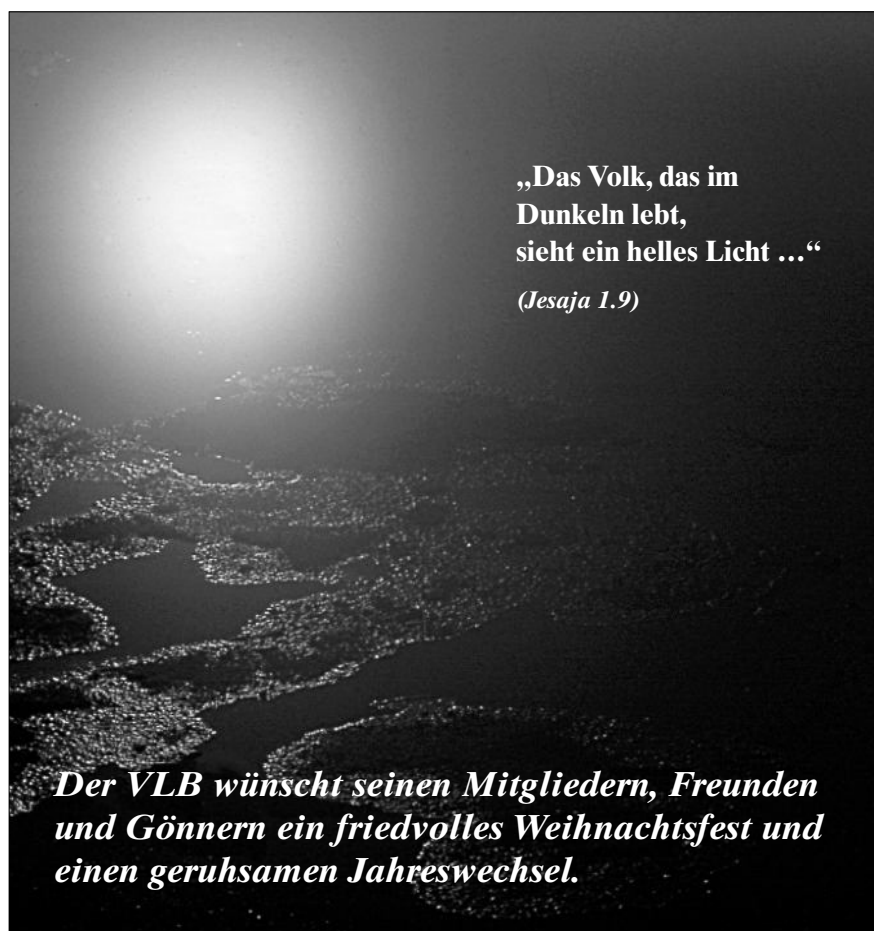
- Beihilfezahlungen erfolgen nur noch auf das Bezügekonto. Lediglich in besonders zu begründenden Ausnahmesituationen können Sie eine Überweisung auf ein Drittkonto beantragen. Hierzu muss gegen-

über der Beihilfefestsetzungsstelle das Vorliegen einer besonderen Ausnahmesituation unter Angabe des Zahlungsempfängers sowie dessen Bankverbindung dargelegt werden.

- Sofern Aufwendungen für einen stationären Krankenhausaufenthalt geltend gemacht werden, soll eine schriftliche Erklärung abgegeben werden, ob für diese Behandlung wahlärztliche Leistungen vereinbart wurden. Zur Vermeidung von Rückfragen wird gebeten, die Wahlleistungsvereinbarung in Kopie dem Beihilfeantrag beizulegen.

Ihre Beihilfestelle

Diese Informationen wurden mit dem Staatsministerium der Finanzen abgestimmt.



„Das Volk, das im
Dunkeln lebt,
sieht ein helles Licht ...“

(Jesaja 1.9)

*Der VLB wünscht seinen Mitgliedern, Freunden
und Gönnern ein friedvolles Weihnachtsfest und
einen geruhsamen Jahreswechsel.*

**Schreiben des Leiters
der Bayerischen Staatskanzlei,
Staatsminister Erwin Huber,
an den VLB, 11. November 2004**

Personalversorgung zum Schuljahr 2004/05

Sehr geehrter Herr Sauerwein,

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber lässt für Ihr Schreiben vom 13. 09. 2004 danken, in dem Sie die Maßnahmen bei der Personalversorgung zum Schuljahr 2004/05 teilweise kritisieren. Herr Ministerpräsident hat mich gebeten Ihnen zu antworten.

Zum Schuljahr 2004/05 konnte trotz des Sparhaushalts und der Arbeitszeiterhöhung im öffentlichen Dienst eine gute Einstellungssituation an den beruflichen Schulen erreicht werden.

Wie Sie in Ihrem Schreiben selbst erwähnen, konnte damit auch dem Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen entgegengewirkt werden. Zu der von Ihnen angesprochenen Verlagerung von Planstellen aus dem Bereich der beruflichen Schulen zugunsten der Gymnasien kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Ursprünglich wurden vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus aufgrund der vorläufigen Unterrichtsübersicht den beruflichen Schulen von den im Haushalt neu ausgewiesenen 380 Planstellen 120 zugewiesen. Die überraschend hohe Anmeldezahl von ca. 5 800 Schülern an den Gymnasien übertraf die prognostizierte Zahl von 2 900 zusätzlichen Schülern jedoch erheblich. Durch diese unerwartet große Steigerung der Schülerzahlen war es notwendig, den Gymnasien zur Unterrichtsversorgung weitere Lehrerkapazitäten zur Verfügung zu stellen. Daher wurden bei der Feinjustierung Mittel im Umfang von 65 Planstellenäquivalenten nicht den Berufsschulen, sondern den Gymnasien zugewiesen. Nur so war eine ausgeglichene Planstellenzuweisung an die jeweiligen Schularten gewährleistet.

Ich hoffe, dass Sie vor diesem Hintergrund Verständnis für die notwendigen Maßnahmen aufbringen. In allen staatlichen Bereichen sind in diesem und in den kommenden Jahren Einsparungen im Rahmen der angestrebten Haushaltskonsolidierung notwendig. Dennoch hat die Staatsregierung bei ihrer Prioritätensetzung der schulischen Bildung stets einen hohen Stellenwert eingeräumt und wird auch künftig daran festhalten.

Gleiches gilt für die Bemühungen der Staatsregierung auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Zwar werden wir die Unternehmer auch künftig nicht aus ihrer Verantwortung im Rahmen des dualen Systems entlassen, dennoch haben wir zu deren Unterstützung im Rahmen unseres Programms „Fit for Work“ – einschließlich der schulischen Maßnahmen – 20 Millionen Euro bereit gestellt, damit jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhält.

Ich bin daher zuversichtlich, dass es uns gemeinsam mit den Arbeitgebern, den Kammern und den Arbeitsagenturen vor Ort gelingen wird, im Rahmen der Nachvermittlung die nach der Statistik der BA Ende September rein rechnerisch bestehende Lücke von 2300 Stellen bis Jahresende zu schließen.

Ich habe mir erlaubt, einen Abdruck dieses Schreibens an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu übermitteln.

*Mit freundlicher Grüßen
Erwin Huber
Staatsminister*

Eine Hilfestellung (nicht nur) für Lehrproben-Beurteilungen:

BBL – BeurteilungsBausteine für Lehrproben

GENOVEVA HIENER /
MARKUS MÜLLER / ALFRED RIEDL

Ausgangslage

Fast täglich müssen in Bayern Prüfungslehrproben bewertet werden. Rückmeldungen und Beurteilungen zum Unterricht – sei es in Praktika oder bei turnusmäßigen Schulleiterbesuchen – kommen hinzu. Ein griffiges Instrument, das diesen Vorgang begleiten kann, stellen wir hier vor.

Die Notwendigkeit, Prüfungslehrproben von Referendaren zu bewerten und durch eine Niederschrift zu dokumentieren ergibt sich aus der entsprechenden Prüfungsordnung (LPO II) und den dazugehörigen Anweisungen (ZALB, ALBS). Diese Vorgaben für die Beurteilung bedürfen einer weiteren Operationalisierung. Daneben sahen sich Prüflinge wie auch Prüfer für das Lehramt an beruflichen Schulen in Bayern im Rahmen einer Erprobungsphase im Schuljahr 2003/04 erstmalig mit der Anforderung konfrontiert, eine mehrstündige Unterrichtseinheit als Prüfungslehrprobe abzulegen bzw. zu bewerten.

Entwicklung

Vor diesem Hintergrund entstand ein Instrument, das zum einen den Erfordernissen der rechtlichen Grundlagen entspricht und zum anderen für eine ökonomische Beurteilung sowohl ein- als auch mehrstündiger Unterrichtseinheiten dienen kann. Folgende Anforderungen waren bei der Entwicklung des Instruments leitend:

- Kriterienraster für eine systematische Beurteilung
- Operationalisierung von Kategorien innerhalb von Beurteilungsdimensionen
- Einsatz für ein- und mehrstündige Unterrichtseinheiten
- Einsatz für beruflichen und allgemein bildenden Unterricht

- Individuelle Anpassungs- und Adaptionenmöglichkeit
- Ökonomische Handhabung durch Digitalisierung
- Kompatibilität mit gängiger Hard- und Software
- Werkzeug zur Erstellung einer Prüfungsdokumentation / eines Beurteilungsgutachtens

Ein erster Entwicklungsschritt erforderte, mögliche und relevante Kriterien für die Beobachtung und Bewertung von Unterricht zu sammeln und zu analysieren. Aus einer umfangreichen Sichtung wissenschaftlicher und praxiserprobter Beurteilungsraster (vgl. Quellen) entstand ein kategorisiertes Instrumentarium, zu dem sowohl tradierte Bewertungsraster für einstufigen Unterricht, als auch Ansätze zur Beurteilung mehrstufiger Einheiten herangezogen wurden. Zudem flossen eigene Erfahrungen der Autoren mit ein. Eine stärkere Betonung finden die Lehrperson sowie strukturelle Aspekte eines handlungssystematisch gegliederten Unterrichts. Übersicht 1 gibt Aufschluss über die definierten Dimensionen von Unterricht.

Die technische Umsetzung erfolgt mit Excel. Dieses Programm läuft auf nahezu jeder Rechnerplattform und ist an Schulen weit verbreitet. Hinzu

kommen komfortable Realisierungsmöglichkeiten für die oben genannten Anforderungen.

Innerhalb der gezeigten Dimensionen wurden Beurteilungskategorien identifiziert (z. B. in der Dimension Lehrerverhalten die Kategorien: Unterrichtsführung, Erzieherisches Bemühen, Sprechverhalten, Denkförderndes Verhalten). Zur Bewertung der jeweiligen Kategorien liegen einzelne ausformulierte Beurteilungsbausteine vor (ggf. aufgeteilt in Untergruppen), die entsprechend der Notestufen kodiert sind. Einen Anhaltspunkt über die zugeordnete Note liefert die letzte Ziffer der Kodierung. Ein ausgedruckter Katalog mit den Formulierungsvorschlägen begleitet den Beurteilungsprozess. Beim Lesen der in Frage kommenden Formulierungen wählt der Beurteiler die treffende Formulierung aus und gibt in der Benutzeroberfläche den jeweiligen Code ein. Die zugeordnete Formulierung erscheint in der Eingabemaske. Das in Übersicht 2 gezeigte Beispiel gibt die Eingabe der Codes für die Dimension Lehrerverhalten wieder (z. B. lv313: Kategorie 3 Erzieherisches Bemühen, Untergruppe 1 Umgang mit Unterrichtsstörungen, Note 3). Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die vorgegebenen Formulierungen individuell anzupassen. Wenn alle gewünschten Baustein-Codes eingegeben sind, führt das Programm die Formulierungen in einen Fließtext zusammen, der als Protokoll ausgedruckt werden kann.

Übersicht 1:
Beurteilungsdimensionen für den Unterricht.



Iv	Lehrerverhalten
	Erster Absatz
Iv111	Herr Mustermann steuert seinen Unterricht äußerst zielstrebig und routiniert.
Iv162	Aufgrund der klaren Zielsetzung und der treffenden Arbeitsunterlagen erreichen die Schüler/-innen in der geplanten Zeit ein gutes Arbeitsergebnis.
Iv313	Auf Unterrichtsstörungen reagiert der Lehrer der Situation angemessen.
Iv422	Der Referendar hat eine abwechslungsreiche, auf Absichten und Inhalte ausgerichtete Sprache und eine gute Stimmmodulation.

Übersicht 2:
Screenshot der BBL-
Eingabemaske.

Erfahrungen

Das vorgestellte Instrument BBL hat sich inzwischen über zwei Jahre hinweg in über 200 Prüfungslehrproben und Unterrichtsbesuchen bewährt. Es stieß bei seinem Einsatz auf großes Interesse und hohe Akzeptanz bei den beteiligten Prüfern. Das Instrument bietet dem Nutzer einen hohen Grad an Vollständigkeit der Inhalte, darüber hinaus situationsbezogene Erweiterungs- und Adaptionmöglichkeiten. Mit den gegebenen Beurteilungsbausteinen lassen sich Gutachten und Prüfungsprotokolle ökonomisch und detailliert erstellen. Die Bausteinformulierungen sind klar nach Dimensionen und Kategorien gegliedert, was eine Trennschärfe der Beurteilungen erheblich stützt. Besonders hilfreich erwies sich immer wieder, dass individuelle Veränderungen der Formulierungen einfach vorgenommen werden können.

BBL bietet eine komfortable Handhabung. Sein Gebrauch erschließt sich schnell und lässt sich anhand weniger Handlungsschritte durch einen Leitfaden nachvollziehen. Der gesamte Katalog der Beurteilungsbausteine kann separat ausgedruckt werden und steht so zur kollegialen Unterrichtsevaluation als Beobachtungsraster oder als Hospitationshilfe für Referendare oder Praktikanten zur Verfügung.

Nach wie vor bleibt beim Einsatz von BBL der qualitative Charakter einer Beurteilung erhalten, da zugehörige Ziffernwerte zu einzeln bewerteten

Kategorien nicht einfach zu einem arithmetischen Mittelwert verrechnet werden. Sie können aber bereits erste Anhaltspunkte für eine Gesamtnote liefern. Diese entsteht letztendlich aus den individuellen Gewichtungen und Einschätzungen, die auf den Erfahrungen der Prüfer basieren.

Durch die weit gefächerte und vielseitige Auflistung von Kategorien ist mit diesem Raster die Beurteilung sowohl einstündiger als auch mehrstündiger Unterrichtseinheiten möglich. Das Instrument eignet sich sowohl für einen fachsystematischen als auch für einen handlungssystematischen Unterricht. Der Katalog kann ebenso bei der Unterrichtsberatung als Hilfestellung dienen. Die in der Zusammenstellung aufgeführten Kategorien, die für eine Unterrichtsbeurteilung relevant sind, fördern gegenüber den Prüflingen die Transparenz hinsichtlich des an sie gerichteten Erwartungshorizonts und des Anforderungsniveaus. Die vorgeschlagenen Formulierungen sind Orientierungshilfe bei der Eigen- und Fremdevaluation. Auch für Prüfer erleichtern sie einen Einstieg in diesen Aufgabenbereich und die Formulierung von Niederschriften und Gutachten.

Bezugsquelle

Das vorgestellte Instrument BBL steht kostenfrei als Produkt aus dem Modellversuch AQUA für Lehrkräfte, Prüfer, Referendare, Schulleiter und Seminarlehrkräfte zur Verfügung.

Paket:

- Instrument als Excel-Mappe

- Benutzermanual als PDF und Word-doc
- Bausteinkatalog als PDF und Word-doc
- Kategorienübersicht als PDF und Word-doc

Der Bezug ist als Download auf den Homepages des Lehrstuhls für Pädagogik, TU München www.paed.wi.tum.de und des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) www.isb.bayern.de oder direkt bei den Autoren gegen eine Bearbeitungs- und Versandgebühr von fünf Euro möglich. <

Literatur und Quellen

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Anweisungen zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen (ALBS). München: 2003

Brouer, B., Deußing, C., Seifried, J., Sembill, D.: Ansatzpunkte zur Beurteilung mehrstündiger Lehrproben. Bamberg: Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik 2002

Dubs, R.: Lehrerverhalten. Zürich: Verlag des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes 1995

Jank, W., Meyer, H.: Didaktische Modelle. Berlin: Cornelsen 2002

Terhart, E.: Lehr-Lern-Methoden. Weinheim und München: Juventa 2000

Mayer, J., Nickolaus, R.: Der Unterrichts-Beurteilungsbogen. <http://www.uni-stuttgart.de/bwt/Inhalte/forschung/publikationen.htm> 20.09.2002

Autoren

Die Autoren waren im Rahmen des Modellversuchs AQUA als operative Leiterin auf Seite des Modellversuchsträgers bzw. als Wissenschaftliche Begleitung tätig.

StDin Genoveva Hiener, Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB), Abt. Berufliche Schulen, Schellingstraße 155, 80335 München, Tel.: 089/21 70 21 85, genoveva.hiener@isb.bayern.de

Dipl.-Berufspäd. Univ. Markus Müller, Lehrstuhl für Pädagogik, TU München, Lothstraße 17, 80335 München, Tel.: 089/28 92 42 27, mueller@wi.tum.de

Dr. Alfred Riedl, Lehrstuhl für Pädagogik, TU München, Lothstraße 17, 80335 München, Tel.: 089/28 92 43 55, riedl@wi.tum.de

Konkrete Lehrplanumsetzung für Zahnmedizinische Fachangestellte:

Paukschule ade !? – Projekt- klassen mit verändertem Unter- richtskonzept

WOLFGANG DEHMEL

Was hat der vor drei Jahren eingeführte neue Lehrplan ge- bracht?

Die Lerninhalte wurden Lernfeldern zugeordnet, in den Schulzeugnissen verschwanden einige Fächer, dafür stehen jetzt Lernfeldnoten. Das bundeseinheitliche Lernfeldkonzept soll unter anderem fächerübergreifenden und handlungsorientierten Unterricht fördern. Lehrerteams haben die Unterrichtsinhalte dementsprechend neu überarbeitet. Im Sommer 2004 haben wir den ersten Jahrgang an SchülerInnen nach dem neuen Lernfeldkonzept geprüft.

Wie können wir unsere Unter- richtsarbeit weiter verbessern?

Mit dieser Frage beschäftigen sich PädagogInnen schon seit Jahrhunderten. Der Schul- und Zuchtmeister gehört der Vergangenheit an. Wir wollen den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht werden. Die ideale Unterrichtsmethode gibt es nicht, ein Methodenmix ist anzustreben. Selbstorganisiertes Lernen soll bei den Projektklassen mehr in den Vordergrund rücken. Deshalb hat unsere Schule beschlossen, zunächst drei der 15 Eingangsklassen (10. Jahrgangsstufe) als Projektklassen nach einem veränderten Unterrichtskonzept zu führen.

Was verbirgt sich hinter dem Projektklassen-Konzept?

Die Auszubildenden der Projektklassen werden nicht mehr frontal unterrichtet, sondern arbeiten in Teams zusammen. Die Lehrkraft steht nicht mehr an der Tafel und die Klasse besteht aus drei großen Teams mit maximal neun SchülerInnen. Innerhalb des Teams werden wiederum kleinere

Gruppen mit jeweils drei SchülerInnen gebildet. Diese Gruppen erhalten Arbeitsaufträge mit den erforderlichen Lerninhalten gemäß Lehrplan, die sie in Eigenorganisation bearbeiten. Dadurch wird die Selbstständigkeit und Teamfähigkeit der SchülerInnen gefördert, außerdem ist diese Methode geeignet, Lerninhalte besser zu behalten und in die Praxis umzusetzen.

Projektklassteam.
Von links: Wolfgang Dehmel, Dr. Nicolette Fink, Dieter Zapf, Nicole Martin, Vorne Sylvia Goblirsch, Gertraud Kolbinger.



Die fertiggestellten Arbeitsaufträge werden von den Lehrkräften kontrolliert. Daraufhin bereitet die Dreier-Gruppe eine Präsentation, eine Lernzielkontrolle und ein Lernblatt mit den notwendigen und wichtigen Inhalten vor. Zur Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit der SchülerInnen findet die Präsentation vor den anderen Mitgliedern des Teams statt. Um sicherzustellen, dass alle die Inhalte der Präsentation verstanden haben, hat die Kleingruppe auch eine Lernzielkontrolle (z. B. in Form von Fragen zum Thema, ein Puzzle, ein Kreuzworträtsel) vorzubereiten. Für die eigenen Unterlagen erhält

jedes Teammitglied das Lernblatt.

Außer der Arbeit in Teams werden weiterhin so genannte „Fortbildungen“ von den Lehrkräften durchgeführt. Diese werden die SchülerInnen an den von früher bekannten lehrerzentrierten Unterricht erinnern. Sie haben den Sinn, komplizierte Lerninhalte kompetent und kurz durch die Lehrkraft zu vermitteln.

Lernen die SchülerInnen genug in diesen Projektklassen um die Prüfung zu bestehen?

Die von den Lehrkräften vorformulierten Arbeitsaufträge stellen sicher, dass alle nach dem Lehrplan vorgeschriebenen Inhalte erarbeitet werden. Selbstverständlich werden wie in den anderen Klassen auch Stegreif- und Schulaufgaben geschrieben, zu-

sätzlich wird die Präsentation in der Kleingruppe bewertet. Erfahrungen von anderen Schulen, die dieses Konzept bereits langjährig umsetzen zeigen, dass die SchülerInnen durch den Projektunterricht höher motiviert sind und dass neben dem notwendigen Lernen und Arbeiten die Schule auch Spaß machen kann. <

Aushöhlung des Insolvenzrechts bedenklich

Firmenbestattungsgewerbe boomt

HELMUT STEPHAN

In der Rubrik „Geschäftsverbindungen“ der großen deutschen Tageszeitungen werden zuhauf Firmenbestattungen für insolvenzgefährdete GmbHs offeriert. Folgende Serviceleistungen werden hierbei angeboten:

- Übernahme der GmbH inkl. aller Verbindlichkeiten
- GF-Wechsel und Entlastung
- Gesellschafterwechsel

Bonitätserhalt

Seit der Europäische Gerichtshof in Luxemburg am 5. November 2002 die Eintragung auslandsrechtlicher GmbHs in deutsche Handelsregister für rechtens erklärt hat, gehen die Registereintragungen deutschrechtlicher GmbHs zurück. Derzeit liegen sie nur noch bei 75 Prozent. Dafür nehmen die HR-Registrierungen besonders der britischen Ltd., der niederländischen BV, der spanischen S.L., aber auch der lettischen TU, der ungarischen Kft usw. zu. Ursache hierfür sind niedrigere Gründungs- und laufende Kosten sowie handelsrechtliche Vorteile.

Attraktiv wird eine Firmenbestattung besonders im Kontext mit der Erwerbung eines britischen Ltd.-Firmenmantels (2-Pfund-Mindeststammkapital).

Die GmbH-Anteile des insolventen Unternehmens werden auf einen eher vermögenslosen Erwerber übertragen, der den bisherigen Geschäftsführer abberuft, sich selbst als Liquidator und dann als Eigenantragsteller einer Insolvenz, die mangels Masse abgelehnt wird, einsetzt.

Die insolvente GmbH wird an einem fremden Registerort und unter fremden Namen (abgeänderte Firmierung) bestattet (gelöscht), nachdem

sie ihr Anlagevermögen an eine der Ursprungsfirma namensähnliche Vorratsgesellschaft (Firmenmantel) vermietet hat.

Eine Vorratsgesellschaft ist eine von einem gewerblichen Mantelprovider vorab gegründete und dann mit Gewinn veräußerte Fertigfirma (Shelf Company). In ihrer (Eröffnungs-)Bilanz erscheint i. d. R. zunächst als einziges Aktivum Bankguthaben, als einziges Passivum Stammkapital. Die Altgesellschafter der insolventen

GmbH arbeiten nunmehr mit der Shelf Company mit den früheren Arbeitnehmern, dem gemieteten Anlagevermögen, aber ohne die kausalen Gesellschaftsschulden unbeanstandet weiter.

Das Amtsgericht Memmingen hat nun in seiner mittlerweile veröffentlichten Entscheidung vom 2. Dezember 2003 die GmbH-Anteile-Abtretung sowie die Sitzverlegungsbeschlüsse im Rahmen einer Firmenbestattung für sittenwidrig und damit nichtig erklärt. Allerdings wurden nicht die Nichtigkeitsgründe analog zu § 241 AktG herangezogen. Aus Gläubigerschutzgründen wären Gesetzesnovellen zum GmbH-Gesetz bzw. zur Insolvenzordnung oder eine höchstrichterliche Entscheidung zu begrüßen. <

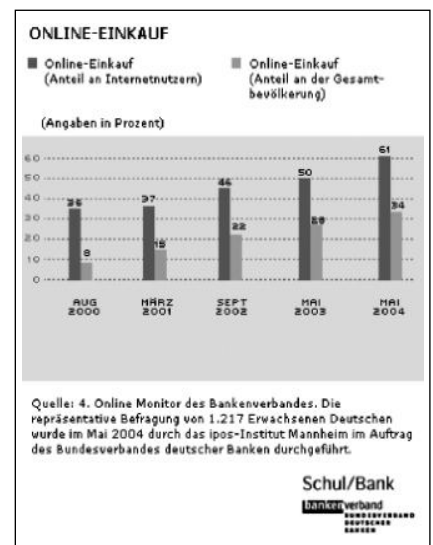
Einkufen via Internet:

E-Commerce hat Zukunft

Immer mehr Deutsche kaufen online ein. Dabei hat nicht nur die Zahl der Online-Shopper und die Häufigkeit ihrer Einkäufe zugenommen, sondern auch die Höhe der für den Online-Kauf aufgewendeten Geldbeträge. Mit dem Internet ist in den vergangenen Jahren ein riesiger, nahezu grenzenloser virtueller Marktplatz entstanden, auf dem alltäglich Millionen von Anbietern und Nachfragern aufeinander treffen.

So gehört inzwischen mehr als ein Drittel (34 %) aller erwachsenen Deutschen zur Gruppe der Online-Einkäufer. Vor einem Jahr hatte dieser Anteil noch bei 28 % gelegen. Bezogen auf die Internetnutzer bedeuten die aktuellen Daten, dass heute 61 % von ihnen zumindest gelegentlich Online-Einkäufe im World Wide Web erledigen. Zwar ist E-Commerce als Online-Einkauf bei den meisten Deutschen noch nicht alltäglich, aber immerhin mehr als die Hälfte der Online-Shopper (56 %) hat im letzten halben Jahr mindestens einmal online eingekauft: 7 % ein- bis

zweimal, 23 % drei- bis neunmal und 26 % sogar zehnmal oder öfter. Bei einer Erhebung vor vier Jahren lagen die Anteile derer, die drei- bis neunmal beziehungsweise zehnmal und öfter einkauften, noch deutlich niedriger (jeweils 19 %).“



Bezirks- und Kreisverbände

Aus dem Bezirk Unterfranken

Gemeinsamkeiten und Widersprüche – Podiumsdiskussion über die Zukunft der Dualen Ausbildung

An der Jakob-Preh-Schule in Bad Neustadt fand anlässlich der 75-Jahr-Feier der Schule eine Podiumsdiskussion zur Zukunft der Dualen Ausbildung statt. Die Belange des VLB vertrat dabei der VLB-Landesvorsitzende Hermann Sauerwein.

Dr. Ernst-Rudolf Bauer, Geschäftsführer der Preh-Werke Bad Neustadt, lobte zunächst das bestehende duale Ausbildungssystem. Einen europäischen Vergleich bräuchte man nicht zu scheuen. Ihm schloss sich Dr. Anja Weisberger, Mitglied des Europäischen Parlaments, an. So verlief die Veranstaltung anfangs fast zu harmonisch. Später jedoch wurden kritische Töne immer lauter. So forderte Hermann Sauerwein dazu auf, die Scheu vor anderen Bildungssystemen abulegen. China sei zum Beispiel gerade dabei, ein rein schulisches Berufsbildungssystem aufzubauen. Landrat Thomas Habermann forderte ebenfalls, dass sich die Veränderungen einer globalisierten Welt auch im Bildungssektor niederschlagen müssten. Hermann Sauerwein beklagte daneben die beständige Zunahme an Spezialberufen. So gebe es in Deutschland mittlerweile rund 80 (!) verschiedene Kaufleute und insgesamt über 350 Ausbildungsberufe. In Österreich, wo man dieser Entwicklung radikal entgegengewirkt hat, wurde der Ausbildungskatalog auf rund 100 Berufe zusammengestrichen. Er bezog sich bei seiner Kritik auf Kultusministerin Monika Hohlmeier. Auch sie hatte in ihrer Festrede anlässlich der 75-Jahr-Feier eine immer stärkere Diversifikation der Ausbildungsberufe scharf kritisiert. Dr. Bauer konnte dem nur voll zustimmen. Seiner Meinung nach ist die Berufsschule in erster Linie für die

Grundausbildung zuständig. „Spezialausbildung sollte in den Betrieben vermittelt werden“, forderte er. Einer rein schulischen Ausbildung erteilte er eine klare Absage. Landrat Habermann wandte zu diesem Problem ein, dass eine Aufsplitterung in immer mehr Spezialberufe auch dazu geführt hat, dass die Auszubildenden zum Teil sehr weit entfernte Berufsschulen be-



Auf dem Bild zu sehen sind (von links): Frank Weth, Dr. Ernst-Rudolf Bauer, Dr. Anja Weisberger, Moderator Holger Laschka, Thomas Habermann, Hermann Sauerwein und Jürgen Bode.

suchen müssen. Für die Landkreise fallen dadurch enorme Gastschulbeiträge und Fahrkosten an. „Das flache Land finanziert so die Bildungszentren weit entfernter Städte und blutet selber dabei aus“, kommentierte er die Situation. Kreishandwerksmeister Hugo Neugebauer blies ins gleiche Horn: „Einige Schüler werden derzeit völlig unsinnig herumgekartt.“ Er äußerte die Vermutung, dass genau dieser Vorgang auch dazu beigetragen habe, dass nur ein Viertel aller Betriebe in Deutschland überhaupt noch ausbilden. Eine weitere Zentralisierung in Kompetenzzentren lehne er deshalb ab.

An dieser Stelle sei dem Berichterstatter eine kurze Zwischenbemerkung gestattet: Was zum Thema „Spezialberufe“ angeführt wurde, stieß bei allen Diskussionsteilnehmern auf breite Zustimmung. Zu vernünftig

klangen die angeführten Argumente. Natürlich ist die Aufspaltung in immer speziellere Berufe problematisch. Aber ist nicht gerade der Schneidwerkzeugmechaniker ein solcher Spezialberuf par excellence? Trotzdem ist die Jakob-Preh-Schule natürlich zu Recht stolz darauf, dass sie als einzige Sprengelschule die Schneidwerkzeugmechaniker der gesamten Bundesrepublik auf hohem Niveau beschult. Natürlich begrüßten alle Diskussionsteilnehmer, dass es in Österreich nur noch 100 Ausbildungsberufe gibt.

Aber der Spezialberuf des Schneidwerkzeugmechanikers ist bei diesen Berufen eben nicht vertreten und ist nicht genau dieser Umstand die Ursache davon, dass jetzt Schüler aus Österreich die Jakob-Preh-Schule in Deutschland besuchen? Natürlich monierte der Landrat zu Recht die langen Anfahrtswege der Berufsschüler. Aber ist die Jakob-Preh-Schule in Zeiten sinkender Schülerzahlen nicht froh über zusätzliche Schüler aus Österreich, auch wenn diese mehrmals im Jahr eine über 700 km (!) weite Anreise auf sich nehmen müssen? Soll Spezialausbildung, wie von Dr. Bauer gefordert, wirklich nur im Betrieb stattfinden und wenn ja, was wird dann aus Fachsprengeln wie dem der Schneidwerkzeugmechaniker in Bad Neustadt? Der kritische Leser möge sich diese Fragen selbst beantworten. Aber zurück zum weiteren Diskussi-

onsverlauf. Auch Neugebauer brach eine Lanze für die Ausbildung im Betrieb und sprach sich deutlich gegen eine rein schulische Berufsausbildung aus. Dr. Bauer stimmte mit Sauerwein darüber überein, dass die Fremdsprachenkompetenz der Schüler verbessert werden müsste. Nur so wären sie fit für den europäischen Arbeitsmarkt. Karl Breitenbücher, Lehrer an der Jakob-Preh-Schule, fragte nach der Zukunft der Schüler, die schon mit der deutschen Sprache große Schwierigkeiten haben. „Was wird aus den Menschen, die der derzeitigen Spezialisierung nicht genügen können?“, gab er zu bedenken. An der Jakob-Preh-Schule stellen die so genannten „Berufslosen“ mittlerweile die zweitstärkste Schülergruppe. Hermann

Sauerwein griff dieses Thema am Ende der Veranstaltung nochmals auf und prangerte sichtlich verärgert an, dass an Gymnasien jetzt „Intensivierungsunterricht“ angeboten wird, während man schwache Jugendliche, die es an Berufsschulen eben auch gibt, „im Regen stehen lässt.“

Alles in allem wurden in Bad Neustadt bekannte Standpunkte ausgetauscht. Allerdings zeigte sich einmal mehr, wie unterschiedlich, ja widersprüchlich die Vorstellungen über die Zukunft beruflicher Bildung sind. Die Frage nach den europaweiten Konsequenzen der Veränderungen im beruflichen Bildungssektor, die Schulleiter Klaus Saar an den Anfang der Diskussion gestellt hatte, blieb letztlich unbeantwortet. *Andreas Müller*

Bevölkerungs- und Migrationsproblematik. In der Summe bedeutet dies – leider – auch für den neuen Lehrplan: Keine stoffliche Entlastung.

Positiv ist die Aufnahme von Themen wie Schwarzarbeit, Terrorismus und religiöser Fanatismus, Ökologie und Nachhaltigkeit zu werten.

Ebenso begrüßenswert ist die Eingliederung des Themenkreises „Soziale Beziehungen“. Inwieweit lehrplan-gemäßes, weitgehend kognitives Aufgreifen von Problemen der Primärsozialisation regulierende Effekte zeigen kann, ist abzuwarten.

Die Frage, inwieweit demokratischen Verhaltensweisen im Rahmen eines durch Verordnung geregelten Schulbetriebs, demokratisch verhandelt und geübt werden können (Lernziel 11.4), bleibt offen.

Die Verlegung thematisch verbundener Inhalte, z. B. „Rechtsformen von Unternehmungen“ in „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik“, beweist das erfolgreiche Bemühen um inhaltliche Konsistenz.

Die Lernziele sind wünschenswert aufgefächert, aber nicht immer hilfreich ausformuliert. Von operationalisierbaren Begrifflichkeiten wie „beschreiben“, „untersuchen“ etc. abgesehen, bleiben mit Formulierungen wie „einsehen“ und „erkennen“ die didaktischen Schwerpunkte und Zielvorstellungen unklar. Die Lernzieltiefe ist somit von der Lehrkraft selbst auszuloten – sofern diese Prozedur nicht dem Unterrichtsalltag zum Opfer fällt.

Lernziele und Lerninhalte korrespondieren auf gute Weise.

Die Lerninhalte sind detailliert zusammengestellt und bieten ein klares Bild des zu vermittelnden Stoffes. Eine zusätzliche vertikale didaktische Reduktion wird durch die Auswahl von Beispielen ermöglicht. Angesichts des zum Teil wenig leistungsfähigen Schülerpotenzials sollte diese Möglichkeit weitaus häufiger bestehen.

Die Spalte „Hinweise zum Unterricht“ ist der Handlungsorientierung verpflichtet und enthält vielfältige Vorschläge sowie gute Ideen zur Unterrichtsgestaltung – skizzenhaft. Der Wunsch nach ausgearbeiteten, prakti-

Referate und Fachgruppen

FG Sozialkunde

Neue Besen ... der Lehrplan für Sozialkunde vom Mai 2004

Modell gepflegt, so könnte man den neuen Sozialkundelehrplan beschreiben – und zu kurz springen. Denn der Neue enthält mehr als nur Altbekanntes. Inhaltlich gestrafft, der zeitgeschichtlichen Situation angepasst und mit methodischer Verpflichtung auf Aktualität, Fächerübergreifung und Handlungsorientierung versehen, entspricht er dem gängigen Lehrplankonzept des ISB.

Bewährtes wurde beibehalten: Das obligatorische Grundprogramm und ein fakultatives Zusatzprogramm. In Kombination stellen beide eine grundsätzlich geeignete Maßnahme zur Binnendifferenzierung dar. Allerdings bietet das Fakultativprogramm nur begrenzten didaktischen Spielraum: Es ist mit dem Pflichtprogramm verwoben und kann nicht isoliert abgearbeitet werden. Vor dem Hintergrund eines limitierten Zeitbudgets ist das Zusatzprogramm somit nur auf Kos-

ten des Grundprogramms realisierbar. Zu dessen Lasten werden auch Handlungsorientierung und der Einsatz moderner (Präsentations-) Medien gehen. Die praktische Erfahrung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass Verfahren des mittelbaren Unterrichts und die damit verbundenen offenen Arbeitsformen sowie die Verwendung neuer Medien sehr zeitintensiv sind.

Die Themenauswahl berücksichtigt Entwicklungen, die in einem zeitgemäßen Sozialkundeunterricht bearbeitet werden müssen. Aufgegriffen werden gegenwärtige und zukünftige Schlüsselprobleme wie die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie, Arbeitslosigkeit und gerechte Verteilung von Arbeit, soziale Ungleichheit, die rasche Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Folgeprobleme der Multimedia-Gesellschaft, die Auswirkung neuer Technologien auf Menschen und Umwelt, die Schaffung und Bewahrung des Weltfriedens, die Wahrung der Menschenrechte sowie die

kablen Handreichungen besteht weiterhin – ebenso die Zeitfrage, wenn im Lehrplan angesichts des großen stofflichen Volumens auf Arbeitsweisen wie Szenariotechnik, Fishbowl, Zukunftswerkstatt oder Podiumsdiskussion verwiesen wird.

Mit der Verschiebung der Gewichtung von einer Institutionen zur veritablen Sozialkunde und der Option auf Handlungsorientierung als zeitgemäßem methodischen Element, ist die Lehrplanung für politische Bildung an der Berufsschule auf dem Stand der Zeit.

Inhaltlich ist der neue Lehrplan kein ganz neuer „Besen“, der sich aber aufgrund seiner Ausstattung in der Praxis bewähren wird. *Peter Lindacher*

FG Religion / Ethik

Religiöse Bildung für Europa?

Zur Zukunft des Religionsunterrichtes in Berufsschule und beruflicher Bildung

Statement von VLB-Fachgruppenleiter Religion Dr. Michael Persie anlässlich der BLBS-Tagung „Religiöse Bildung in Europa?“ in Bad Boll:

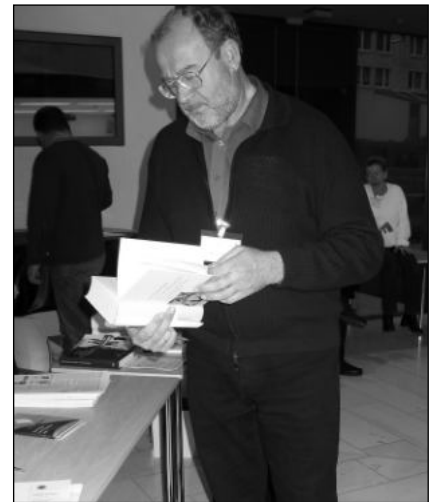
Ich empfinde es als einen Akt des Vertrauens zu uns Religionslehrern, wenn ich heute im Namen des BLBS, als Leiter der Fachgruppe Religion im Bayerischen VLB und als Fachleiter Religion der Staatlichen Beruflichen Schulen Kitzingen – Ochsenfurt – Würzburg zu Ihnen sprechen darf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei seinem Vortrag vor der Amerikanischen Handelskammer meinte am 28. Oktober 2004 der designierte Nachfolger von Heinrich von Pierer, Klaus Kleinfeld (46), in seinem Beitrag „Inventing the Future“: „Die Innovationskultur bei Siemens ist in der Genstruktur des Konzerns verwurzelt“. Er zitiert Wernher von Braun: „In Zukunft müssen sich die Utopien beeilen, wenn sie nicht von der Realität eingeholt werden wollen“. Und für seine neue Aufgabe riet ihm ein Freund: „Es ist in der Tat besser, sich erst einmal weit zurückzuleh-

nen, die Gedanken fließen zu lassen und sogar zu träumen, wie die Welt in zehn Jahren aussehen könnte“. An diese Aussagen denke ich, wenn ich zu Ihrer Frage „Religiöse Bildung für Europa? – Zur Zukunft des Religionsunterrichts in Berufsschule und beruflicher Bildung“ (RUBB) ergebnis- und zukunftsorientiert Stellung nehmen soll.

Zu den Ergebnissen möchte ich einige wichtige Thesen und Markierungspunkte anbieten, die unser Verband auf Bundes- und Landesebene erarbeitet hat. (10 Thesen Bundesebene, 10 Markierungspunkte des VLB).

Der Zukunftsorientierung des RUBB in Europa widmete sich in den Pfingstferien das Ökumenische Expertengespräch, zu dem diese Akademie nach Brüssel eingeladen hatte. Es stellte sich heraus, dass der Bildungsbegriff und die Bildungsarbeit erst zu den neuesten Arbeitsfeldern der EU seit dem Lissabonprozess (2000) gehören. Allerdings wird die Bildung noch zu einseitig an der „employability“, der „Berufsfähigkeit“ orientiert, was nicht verwundert, wenn in Lissabon die EU rein wirtschaftlich die USA zum Maßstab nahm, um mit ihr in 10 Jahren gleich zu ziehen. (Vielleicht hätte man sich die religiösen Dimensionen Amerikas auch einmal anschauen sollen, die die amerikanische Präsidentenwahl wohl entscheidend mitbestimmten). Vertreter der beiden Kirchen stellten ein wachsendes Interesse in der EU und im Europarat an den Themen Religion und Bildung fest, was in den Empfehlungen zum „Toleranten Zusammenleben der Kulturen in Europa“ seinen Ausdruck fand. Ein Dialog mit den Bürgern über Kultur, Bildung und die spirituelle Dimension der Bildung muss daher einsetzen. Wenn von der friedlichen Toleranz der Religionen und Kulturen untereinander die Rede ist, stellt sich das französische Modell der laïcité als problematisch heraus, denn Religion muss auch in der beruflichen Bildung von religiösen, nicht fanatischen oder werteneutralen Menschen gelebt und unterrichtet werden. Eine reine Religionenkunde ist zu wenig für die religiöse Erziehung.



FG-Leiter Dr. Michael Persie beim Literaturstudium.

Ein weiteres Thema in Brüssel stellte die Frage dar, wie sich Europa definiert und welcher Kultur und welchen Werten es sich verpflichtet fühlt (Diskussion zum Beitritt der Türkei in die EU im Religionsunterricht). Um die (religiösen) Kulturen in Europa kennen zu lernen, tritt der BLBS für europaweite Kontakte von Lehrern und Schülern ein, für echten Austausch, wozu auch das Erlernen von Sprachen im Bereich der Beruflichen Bildung gehört. Der BLBS könnte sich in diesem Zusammenhang der Neuentdeckung der Bildung, Kultur und Religion in Europa für einen Religionsunterricht in den deutschen Bundesländern unter europäischer Perspektive stark machen, der von den Kirchen und vom Staat, den Staaten, kooperativ verantwortet wird. Natürlich werden die Wirtschaft und private Berufsbildungsträger einen Anteil am Berufsbildungskuchen einfordern wollen.

Der nächste Berufsbildungskongress des BLBS befasst sich in Lübeck im kommenden April mit dem Thema: Berufliche Bildung – Europas Zukunft“. Unter Beachtung regionaler Besonderheiten müssen neben der Sprachkompetenz und den Tugenden/Werten der Toleranz und der Wertschätzung die Berufs- und Arbeitsbereiche europaweit definiert werden. Dem RUBB in Europa in den verschiedensten Ausformungen fallen wichtige Aufgaben der Berufs- und Persönlichkeitsbildung zu.

Die genannte ökumenische Expertengruppe erfuhr vor fast genau zwei Jahren vom italienischen Religionspädagogen Cesare Bissoli, dass sich in Italien eine gigantische Bildungsreform von der Elementarstufe bis hin zur Universität vollziehe. In diesem Zusammenhang müsse auch der RUBB ein neues Profil gewinnen: Konzentration auf den Lernprozess und die Persönlichkeitsentwicklung des Schülers. Nicht Inhalte, sondern Kompetenzcurricula rückten in den Vordergrund. Schulische Autonomie bedeute Lernen im europäischen Lebens- und Berufskontext. Es geht nicht um Veränderungskosmetik im Angesicht von PISA, sondern um eine inhaltliche, didaktische und methodische Entwicklung einer „Netzwerkdidaktik“. RUBB wird themen-, regional- und kulturbezogen in den einzelnen Ländern orientiert sein. Der RUBB ist in diesem Sinne an der Schulentwicklung und (Persönlichkeits-) Bildung beteiligt. RUBB folgt von der eigenen kirchlichen Prägung aus, integriert in das Bildungsangebot der Schule, zum Wohle des Jugendlichen in der Berufsvorbereitung und in der beruflichen Bildung. Hier ist in einer europäischen Dimension weiter zu lernen und zu forschen.

Im Vergleich zur universitären Bildung ist vor einer Unterbewertung der beruflichen Bildung zu warnen. Die Bedeutung der Arbeits- und Berufserfahrung ist in ihrem Wert zu betonen. Daher ist im Rahmen des Brücke – Prozesses die angemessene Leistungsbewertung der Beruflichen Bildung wichtig. Im ECVET = European Credit Transfer in Vocational Education and Training, liegt eine geeignete Verzahnung von Beruflicher Bildung und universitärer Ausbildung vor. Zu warnen ist vor einem Modularismus, der nur punktuelle ad hoc Leistungen bewertet, ohne das gesamte Berufsfeld und die Berufs- und Persönlichkeitsbildung zu berücksichtigen. Zur anstehenden Reform des Berufsbildungsgesetzes ist festzustellen: die wichtigste Ressource in Europa ist der ausgebildete Mensch. Er muss mit allen seinen Talenten gefördert werden.

Dies gilt selbstverständlich auch für die Neuordnung der Lehrerbildung im

EURUBB – Forderungen des BLBS

1. Über den europaweiten Religionsunterricht in der Beruflichen Bildung / Berufsschule (=EURUBB) sollten die Verantwortlichen der Kirchen, der Staaten und der Verbände gemeinsam nachdenken, um europäische Perspektiven und Regelungen erarbeiten zu können. Dazu ist es erforderlich, den Ist-Zustand des RUBB zu erheben.
2. Das neue Bewusstsein für Bildung in Europa sollte genutzt werden, den Stellenwert des RUBB in Europa zu begründen, ihn zu erhalten und einzurichten.
3. Der EURUBB leistet einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung in Arbeit und Beruf, zur Toleranzbildung, zum Dialog der Kulturen und Religionen. Er ist notwendig zur Orientierung an den Werten und Zielen der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit.
4. Im EURUBB kann eine länderübergreifende Netzwerkkompetenz eingeübt werden, die den jungen Bürgern dazu dient, zu Fragen der Werte und Ziele Europas in den Dialog einzutreten und konkrete Wege der Partnerschaft zu beschreiten.
5. Der EURUBB wertet den Menschen in Beruf und Arbeit auf. Er tritt für dessen Würde und Gesundheit ein. Er ist Anwalt von Minderheiten und jungen Menschen, die sich auf eine Berufsausbildung vorbereiten und noch keine Berufsreife erlangt haben (BVJ, JoA).
6. EURUBB verlangt den gut ausgebildeten Lehrer, der professionell auf seine umfassende Aufgabe vorbereitet wird. Dies erfordert europaweit im Rahmen des Bologna-Prozesses den Masterabschluss mit dem Schwerpunkt „Berufliche Bildung / Berufsschule“. Bereits in der Bachelor-Phase sollte diese Berufsfeldorientierung beginnen.
7. EURUBB leistet als Brückenfach zwischen Lernfeldern und Kulturen einen wichtigen Beitrag für die Schulentwicklung, die Schul- und Lernkultur. Er verbindet nachhaltige Werte und Ziele mit erforderlichen Veränderungen in der Didaktik und im Berufsbildungsbereich.
8. EURUBB übernimmt Verantwortung für den Menschen in Ausbildung gegen eine einseitige Ökonomisierung von Modularisierung und Zertifizierung. EURUBB stellt selbst ein Lernfeld dar, das Credit – Points im Sinne eines Bekenntnisses (Credos) zur religiösen Bildung verdient.

Europäischen Bildungsraum im Rahmen des Bologna-Prozesses. Für den BLBS ist es selbstverständlich, dass der Lehrer an der Berufsschule das Master-Studium durchläuft und dieses bereits in der Bachelor-Phase an der beruflichen Bildung in Europa orientiert ist. Gerade auch für den Lehrer des RUBB ist an eine europaweite Modularisierung seiner (Aus-) Bildung zu denken, ohne allerdings seine religiöse und ganzheitliche, spirituelle und seelsorgliche Aufgabe zu vergessen.

Abschließend für eine europaweit geltende Orientierung in der Berufsausbildung lassen Sie mich eine Hausordnung vorstellen, die an den ethischen Weisungen des Weltethos – Projekts der Weltreligionen orientiert ist.

Ich denke, RUBB sollte in dieser Richtung der Werte, der Tugenden und der Verbindung zwischen der Schöpfung Gottes und der Arbeit der Menschen in ihren Berufen europaweit über Curricula und Menschenbildung nachdenken.

Aus dem Gesagten ergibt sich an Forderungen des BLBS im europäischen Rahmen des RUBB = EURUBB (siehe Kasten oben).

EURUBB geschieht in Kooperation der Kirchen, durch professionell ausgebildete und verantwortungsbewusste Religionslehrer, im Rahmen der schulischen und / oder betrieblichen (Aus-) Bildung, gesetzlich geregelt durch die EU – Länder in der Perspektive eines „christlich“ orientierten und wert – vollen Europas.

Standards für die Ausbildung von Ethik-Lehrkräften

Die inhaltliche Diskussion über Standards für die Ausbildung von Lehrkräften wird derzeit nahezu ausschließlich in betroffenen Hochschulkreisen geführt. Bisher fehlt eine Stimme, die die Erfahrungen von Unterrichtspraktikern im Fach Ethik kompetent vertritt. Daher hat der Fachverband Ethik - Bundesverband am 18. Sept. 2004 beschlossen, hier Abhilfe zu schaffen. Es soll eine Erklärung erarbeitet werden, die die berufsspezifischen Anforderungen, Kompetenzen und „Skills“ speziell von Ethik-Lehrkräften beschreibt. Diese Erklärung soll eine Grundlage werden für die zukünftigen Ausbildungsgänge für Ethik-Lehrkräfte, und zwar unabhängig davon, ob sie „BA“, „MA“ oder „Staatsexamen“ heißen.

Speziell für Bayern bietet sich die Chance, endlich Ausbildungsgänge für Ethik-Lehrkräfte zu erreichen, die der Ausbildung in anderen Fächern gleichgestellt sind.

Der Fachverband Ethik – Landesverband Bayern wird bis Mitte Januar 2005 (also kurz nach den Weihnachtsferien) einen entsprechenden Katalog zusammenstellen. Wir bitten um Ihre Meinung zu etwa folgenden Fragen:

- Welche speziellen Fachkenntnisse braucht eine Ethik-Lehrkraft?
- Welche speziellen Methoden muss eine Ethik-Lehrkraft beherrschen?
- Welche besonderen Eigenschaften zeichnen eine Ethik-Lehrkraft aus?
- Worin unterscheidet sich eine Ethik-Lehrkraft von anderen Lehrkräften?

Als Anregung kann die „Erfurter Erklärung“ des Fachverband Ethik - Bundesverband dienen, siehe www.fv-ethik.de. Ihre Kommentare senden Sie bitte an Werner Fuß, An der Würm 12, 81247 München, Telefon und Fax: 089/8 11 44 80, leo.fuss@freenet.de.

Bitte nutzen Sie diese Möglichkeit zur Mitwirkung; das liegt in unser aller Interesse und besonders in dem zukünftiger Ethik-Lehrkräfte.

Werner Fuß

Gemeinsame Studien- und Fortbildungsreise nach Florenz

Unter der Leitung von Sepp Heller (FG Holz) und Dr. Michael Persie (FG Religion) sowie als kulturgeschichtlichen Leiter Gottfried Berger findet in den Osterferien 2005 fachübergreifend eine Studien- und Fortbildungsreise nach Florenz statt.

Vor Ihrer Anmeldung beachten Sie bitte: Die Übernachtungen mit Halbpension in San Giovanni bei Florenz werden in Mehrbettzimmern (!) eines kirchlichen Gästehauses, das sauber und frisch renoviert ist, verbracht. Diese Art der Unterbringung soll durchaus dem gruppenspezifischen Studienzweck dienen. Das Haus wird von unserer Gruppe allein bewohnt. Auf Wunsch können sicherlich in Ausnahmefällen auch Hotelzimmer angeboten werden.

Unserem Ziel entsprechend dient die Studienreise der fachlichen Fortbildung, weshalb wir eine etwas alternative Route (kein banaler Stadttourismus!) und eine kommunikative Form der Fortbildung anstreben. Eine Dolmetscherin nimmt teil.

Das vorläufige Programm: (Teilnehmerzahl auf 40 begrenzt)

Sa 19.03.05	4.00 Uhr(?) Abfahrt ab Würzburg, Hauptbahnhof Betriebsbesichtigung und Übernachtung in Südtirol
So 20.03.05	Verona, Museumsbesuch, und Ankunft in San Giovanni bei Florenz
Mo 21.03.05	Berufsschule für Tourismus und Design, Montevarchi, Partnerstadt von Kitzingen Am Nachmittag: kulturhistorische Studien
Di 22.03.05	Vinci, Certosa (Museumsstudien), evtl. 17.00 Uhr Bischof von Fiesole / Florenz
Mi 23.03.05	Betriebsstudien in einem Schreinereibetrieb, Nachmittag: teilnehmende Beobachtung der Öl- und Weinproduktion
Do 24.03.05	Kulturhistorische Studien
Fr 25.03.05	(Karfreitag) Klosterbesuch und religionspädagogische Studien der Karliturgie. Abendveranstaltung
Sa 26.03.05	Heimreise.

Preise Im vertraglichen, unteren Bereich geplant. Halbpension in S. Giovanni 23 Euro pro Person täglich.

Nähere Informationen und Anmeldung bei:

Dr. Michael Persie (Berufliche Schulen Kitzingen-Ochsenfurt), Bahnhofstr. 41 b, 97320 Buchbrunn, Tel.: 0 93 21/2 46 63, Fax: 0 93 21/92 03 33, E-Mail: Michael.Persie@t-online.de, oder Sepp Heller (Staatl. Berufsschule Neustadt/Aisch), Herrneuses 65, 91413, Neustadt/Aisch, Tel.: 09161/95 65, Fax: 09161/56 39, E-Mail: sepp.heller@t-online.de

Auf einen gemeinsamen Weg freuen sich Gottfried Berger, Sepp Heller und Dr. Michael Persie.

FG Handelsberufe

Neuordnung im Einzelhandel

Beachten Sie bitte die Internetseite der FG Handel. Dort finden Sie alle einschlägigen Informationen zur Neuordnung im Einzelhandel. www.vlb-bayern.de > Rubrik Infos > Fachgruppen.

Studenten

Studiumsbeginn an der TUM zum WS 04/05

Mit dem Beginn des Wintersemesters 04/05 nahmen 131 Studenten das Lehramtsstudium an der TUM auf. Dr. Karl Glöggler als stellvertretender Direktor und Geschäftsführer des ZLL hieß sie dazu herzlich willkommen.

„Das Studium des Lehramts an beruflichen Schulen berge viele Heraus-

vorstellungen, durch die ersten beiden Einführungsstage.

Auch der VLB hatte die Möglichkeit sich zu präsentieren und mit interessierten Studenten später am VLB-Informationsstand ins Gespräch zu kommen.

Den Abschluss der zweitägigen Einführungsveranstaltung bildete bei Kaffee und Kuchen ein erstes Sichkennenenen von Studenten und



Dr. Karl Glöggler (rechts) bei der Begrüßung der neuen Studenten.

forderungen“, so Dr. Karl Glöggler bei seiner Begrüßung der Neuen. Es verspricht viele Freiheiten, die einem gewissenhaften Studium gegenüberstehen. „Dieses muss“, so Glöggler weiter, „grundständig und breit für die fachliche und erziehungswissenschaftliche Ausbildung angelegt sein.“ Nur so kann die nötige Qualität für die Studienrichtung gewährleistet werden, die trotz vorausgegangener Sparmaßnahmen auch künftig gesichert ist. Weiterhin werden von der Fakultät für Pädagogik und Psychologie neben den allgemeinen Vorlesungen auch Vertiefungsthemen zu neueren Lehr- Lern-Arrangements und ergänzende Kurse, die praxisnahe Probleme des Lehrerberufes wie z.B. die der Lehrergesundheit, der Rhetorik im Klassenzimmer oder dem ökonomischen Gebrauch der Stimme aufgreifen, angeboten.

Insgesamt führte die Fachschaft LB in guter Zusammenarbeit mit den einzelnen Lehrstühlen, die sich ebenso

Fachdidaktikdozenten der Erst- und Zweitfächer.

Der gewerblich-technische Studentensprecher wünscht allen neuen Studenten einen guten Start ins Studium.

Stefan Weinzierl

Diplomstudiengang Berufspädagogik

Zum Wintersemester 04/05 wurde der lange geplante Studiengang zum Diplom Berufspädagogen an der TU München für die beruflichen Fachrichtungen Bautechnik, Elektro- und Informationstechnik und Metalltechnik eingeführt.

Zum einen kann mit der größeren Unabhängigkeit von Vorgaben aus dem Kultusministerium eine weit aus flexiblere Gestaltung der Studieninhalte sichergestellt werden. Zum anderen strahlt der Lehrberuf im attrak-

tiven Licht der Polyvalenz. Nicht mehr nur für die schulische, sondern auch für die betriebliche Aus- und Weiterbildung soll der Grad des Dipl.- Berufspäd. seinem Träger behilflich sein. Durch weitere 2 Semester Studium wird für hoch affine Fächerkombinationen sogar der Abschluss mit dem Dipl.-Ing. möglich werden.

Obwohl noch nicht alle gewerblich-technischen Studiengänge umgestellt sind, zeichnet sich schon das Bild des nächsten akademischen Grades für Studenten des Lehramts an beruflichen Schulen ab. Im Zuge der Internationalisierung wird der Diplom Berufspädagoge nicht sehr lange Bestand haben und nach seiner Einführung zügig übergeführt werden zum Master. Nicht zu letzt auch wegen einer zunehmenden Internationalisierung des Studiums.

Die Studenten der übrigen gewerblich-technischen Fachrichtungen wie der Agrarwirtschaft, der Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft und der Gesundheits- und Pflegewissenschaft schließen ihr Studium weiterhin mit dem ersten Staatsexamen ab. Die Umstellung ist für die kommenden Jahre geplant. Bis dahin kann der akademische Grad des Dipl.-Berufspäd. durch ergänzende Prüfungen zusätzlich erworben werden.

Erstsemester in Zahlen

Zum Wintersemester 2004/2005 haben sich insgesamt 131 Studenten für das Lehramt an beruflichen Schulen eingetragen. Aufgeschlüsselt nach Studienrichtungen im Erstfach bedeutet dies: Agrarwirtschaft 6 Prozent; Elektrotechnik 8 Prozent; Bautechnik 12 Prozent; Metalltechnik 15 Prozent; Nahrung 22 Prozent; Gesundheit 37 Prozent.

Stefan Weinzierl

Personalien

Schulleiterin Annemarie Harter im Ruhestand:

„Was sie pflanzte soll Früchte tragen“

Nach der offiziellen Verabschiedung durch die Stadt Augsburg und die Regierung von Schwaben, verabschiedeten auch die Schüler des „BBZ“ ihre Schulleiterin. Ein Apfelbäumchen wurde eingepflanzt, symbolisch dafür, „was sie pflanzt, trägt auch Früchte“.

Über 20 Jahre lang leitete Annemarie Harter das städtische Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft, Textil, Sozial- und Kinderpflege am Predigerberg in Augsburg. Seit sie 1983 die Schulleitung übernommen hatte,



kamen die Textilabteilung und die Berufsfachschule für Sozialpflege dazu. Außerdem war sie Leiterin der Fachakademie für Hauswirtschaft. Im Laufe der Schulentwicklung, die Annemarie Harter sehr eifrig betrieb, wurde daraus das „BBZ“ mit dem farbigen Logo, das die sieben Schulzweige integrierte.

„Der Mensch steht im Mittelpunkt“, die Kernaussage des Schulprofils lag ihr stets am Herzen. Für 2002 erhielt sie mit ihrer Schule vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus den ersten Preis für „Innere Schulentwicklung und Innovation“ (isi).

Für ihre Verdienste wurde ihr kürzlich von Staatsministerin Monika Hohmeier der Staatspreis für Unterricht und Kultus verliehen. Als sie sich von den Lehrkräften verabschiedete, über-

reichte sie Edeltraud Primus-Hofmann, der stellvertretenden Direktorin, die Schlüssel für Schule, da noch keine Nachfolgerin in Sicht war.

Obwohl sie nie eine offizielle Funktion im VLB inne hatte, war sie stets bereit in Arbeitskreisen und bei Fachtagungen sich für die Belange der Mädchenbildung, deren sozialen und gesellschaftlichen Aufstieg und insbesondere für die Fachakademie für Hauswirtschaft tatkräftig einzubringen. So wirkte sie über 15 Jahre Vertreterin des VLB im Landesausschuss für Hauswirtschaft. Ihre hohe Fachkompetenz und ihre visionären Vorstellungen für die Fortentwicklung in diesem Bereich machten sie zu einer unverzichtbaren Gesprächspartnerin für den VLB.

Der VLB dankt für das große Engagement für die berufliche Bildung und Annemarie Harter für den Ruhestand alles Gute.

Wir gratulieren im Januar ...

... zum 85. Geburtstag

Maier, Georg, 25.01.
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben
Nesweda, Gertrude, 30.01.
97072 Würzburg, KV Würzburg
Osiander, Ludwig, 02.01.
91795 Dollnstein, KV Obb.-Nordwest

... zum 80. Geburtstag

Gruber, Anneliese, 01.01.
85435 Erding, KV Obb.-Nordwest
Hegenauer, Hans, 15.01.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg
Lechner, Ernst, 23.01.
91710 Gunzenhausen, KV Mfr.-Süd
Merkel, Ludwig, 29.01.
94209 Regen, KV Donau-Wald
Plank, Karl, 23.01.
92318 Neumarkt, KV Regensburg

... zum 75. Geburtstag

Betz, Rudolf, 25.01.
86316 Friedberg, KV Nordschwaben

Kraus, Bertram, 08.01.
97072 Würzburg, KV Würzburg

... zum 70. Geburtstag

Brotzeller, Theo, 12.01.
97084 Würzburg, KV Würzburg
Eichholz, Volkmar, 26.01.
90411 Nürnberg, KV Nürnberg
Fischer, Elmar, 04.01.
97084 Würzburg, KV Würzburg
Frörling, Dietmar, 21.01.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest
Höfling, Alois, 20.01.
97076 Würzburg, KV Würzburg
Dr. Kalb-Arnold, Marie-Luise, 28.01.
63739 Aschaffenburg, KV Untermain
Memmert, Hans-Günther, 28.01.
90587 Obermichelbach,
KV Mfr.-Nord
Obermüller, Albert, 11.01.
93080 Pentling, KV Regensburg
Rauch, Karl-Heinz, 08.01.
92224 Amberg,
KV Amberg-Sulzbach
Ritter, Hansgeorg, 29.01.
86381 Krumbach, KV Nürnberg
Vogler, Ingrid, 21.01.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest
von Mengden, Adele, 31.01.
86836 Graben, KV Nordschwaben
Wendt, Gerhard, 08.01.
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest

... zum 65. Geburtstag

Augustin, Johanna, 09.01.
93055 Regensburg, KV Regensburg
Heigl, Christa, 11.01.
93152 Thumhausen, KV Regensburg
Kolb, Elfriede, 31.01.
91166 Georgensgmünd, KV Mfr.-Süd
Probst, Ernst, 08.01.
91489 Wilhelmsdorf, KV Mfr.-Nord
Schimanek, Helmut, 21.01.
95444 Bayreuth,
KV Bayreuth-Pegnitz
Schmidt, Axel-Wolfgang, 10.01.
90537 Feucht, KV Nürnberg
Tengg, Adolf, 26.01.
81675 München, BV München
Thiel, Franziska, 01.01.
97218 Gerbrunn, KV Würzburg
Wagner, Helmut, 30.01.
82194 Gröbenzell, BV München
Wagner, Norbert, 28.01.1
97234 Reichenberg, KV Würzburg
Weidhas, Eva, 13.01.
90409 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 60. Geburtstag

Bartikowski, Peter, 02.01.
86316 Friedberg, KV Augsburg
Bauer, Axel, 04.01.
90574 Roßtal, KV Mfr.-Süd
Fissel, Rolf, 10.01.
86444 Aulzhausen/Affing, KV Augsburg
Geiger, Albrecht, 02.01.
81927 München, BV München
Geiger, Günther, 03.01.
89312 Günzburg, KV Nordschwaben
Kalis, Edgar, 10.01.
85051 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Lederer, Manfred, 01.01.
81245 München, BV München
Meyer, Herbert, 17.01.
95444 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
Resch, Siegfried, 02.01.
86842 Türkheim, KV Obb.-Südwest
Tkocz, Klaus, 18.01.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordost
Weh, Johann, 19.01.
86343 Königsbrunn, BV München
Zapf, Karl-Dieter, 13.01.
95361 Köditz, KV Ofr.-Nordost
Zink, Heinz, 01.01.
82008 Unterhaching, BV München

In den Ruhestand sind gegangen ...

Arnold, Georg, BV München
Bitter, Hubert, KV Mfr.-Nord
Brem, Anton, KV Allgäu
Bühler, Rudolf, KV Nürnberg
Donat, Walter, KV Mfr.-Nord
Dotterweich, Rudolf, KV Nürnberg
Faber, Horst, KV Mfr.-Nord
Fronholzer-Fegg, Hannelore,
KV Donau-Wald
Hackel, Wolfgang, KV Mfr.-Nord
Hahn, Günter, KV Main-Rhön
Heigl, Christa, KV Regensburg
Kallinger, Reinhard, KV Ndb.Ost
Kleinert, Anneliese, KV Mfr.-Nord
Kobmann, Arthur,
KV Bamberg-Forchheim
Kriegelstein, Alfred, KV Mfr.-Nord
Laubmann, Karl, KV Mfr.-Nord
Marek, Hans, KV Obb.-Nordwest
Markus, Adolf, KV Ofr.-Nordost
Marxer, Anton, BV München
Oswald, Traudlinde, KV Cham
Pellkofer, Otto, KV Bayreuth
Probst, Ernst, KV Mfr.-Nord
Proske, Heinz, KV Ofr.-Nordwest

Ramsbeck, Hanspeter, KV Mfr.-Nord
Ringholz, Holger, KV Obb.-Nordwest
Schambach, Peter, BV München
Schick, Gerhard, KV Augsburg
Schweidler, Egon, KV Donau-Wald
Wagner, Arnold, KV Mfr.-Nord
Wiedemann, Gallus, KV Augsburg
Wührer, Günter, KV Mfr.-Nord
Zapke, Otto, KV Untermain
Zellmer, Josef, KV Nordschwaben

Für Sie persönlich

Sonderthema: Alterseinkünftegesetz

Was bringt das neue Alterseinkünftegesetz?

Mit Urteil vom 6. März 2002 hat das Bundesverfassungsgericht eine steuerliche Ungleichbehandlung von gesetzlichen Renten und Beamtenpensionen festgestellt und den Gesetzgeber aufgefordert, bis zum 1. Januar 2005 eine verfassungskonforme Neuregelung zu schaffen. Diese tritt mit dem Alterseinkünftegesetz zum Jahresbeginn 2005 in Kraft. Damit beginnt schrittweise der Übergang auf die nachgelagerte Besteuerung bis zum Jahr 2040. Der steuerpflichtige Anteil steigt für die heutigen und die im kommenden Jahr hinzukommenden Rentner dauerhaft auf 50 %. Für jeden Neurentner-Jahrgang steigt der Steueranteil an: bis 2020 um zwei Prozentpunkte im Jahr und danach um jährlich einen Prozentpunkt. 2040 wird dann die volle „nachgelagerte Besteuerung“ erreicht. Bisher mussten Rentner, die zum Beispiel mit 65 Jahren in Rente gingen, 27 % ihrer gesetzlichen Rente versteuern.

Für einige Rentner kann dies eine neue Situation bedeuten, da sie doch künftig auch nach Abzug von Freibeträgen belastet werden können.

Außerdem wurde mit der Rentenreform ein so genannter Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt, der das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenempfängern erstmals in die Rentenformel einbaut.

Berichtigung

Herr Gerhard Hörauf wurde von uns versehentlich in den Ruhestand versetzt. Er ist jedoch noch aktiv tätig.

Wir trauern um ...

Leibold, Edgar, KV Main-Rhön (74)

Bei den Änderungen durch das Alterseinkünftegesetz wird deutlich, dass der Gesetzgeber unter anderem die lebenslangen Rentenleistungen fördern möchte. Auszahlungen in einer Summe werden bei neuen Verträgen ab 2005 nicht mehr steuerfrei ausgezahlt. Jeder Euro, der die Summe der eingezahlten Beiträge bei diesen Neuverträgen übersteigt, muss künftig mindestens zur Hälfte versteuert werden.

Was das Alterseinkünftegesetz für einzelne Vorsorgeprodukte bedeutet, ist im Folgenden näher beschrieben:

Lebens- und Rentenversicherung: Steuerprivileg fällt bei Verträgen mit Kapitalwahlrecht

Zum Jahresende 2004 entfallen wesentliche Steuervorteile der Lebens- und Rentenversicherung mit Kapitalwahlrecht. Alle neuen Verträge, die ab 1. Januar 2005 abgeschlossen werden, unterliegen dann mit ihrem gesamten Kapitalertrag der Steuerpflicht. Ein steuerlicher Bonus gilt für Verträge, die ausschließlich der Altersversorgung dienen. Ihre Kapitalerträge werden nur zur Hälfte besteuert, wenn die Versicherung mindestens zwölf Jahre läuft und nach dem 60. Lebensjahr des Versicherten ausgezahlt wird. Alle noch im Jahr 2004 abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge behalten ihre Vorteile. Die Erträge bleiben bei Auszahlung steuerfrei. Was bedeutet das konkret?

Jeder Euro, der die Summe der eingezahlten Beiträge übersteigt, muss bei allen Neuverträgen ab 2005 min-

destens zur Hälfte versteuert werden. Dazu ein Beispiel: Ein heute 30-jähriger Mann, der monatlich 100 Euro in eine private Rentenversicherung mit Kapitalwahlrecht einzahlt, hat bis zum Zeitpunkt der Auszahlung mit 65 Jahren ca. 42 000 Euro eingezahlt. Ausgezahlt bekommt er voraussichtlich ca. 80 000 Euro. Wird der Vertrag bis Ende Dezember 2004 abgeschlossen, fallen bei Auszahlung keine Steuern an. Bei Vertragsabschluss ab 1. Januar 2005 wird im Jahr 2040 der steuerpflichtige Kapitalertrag 80 000 abzüglich 42 000 Euro betragen. Die Hälfte davon ist in diesem Fall steuerpflichtig. Bei einem unterstellten Steuersatz von 35 % kann der dann 65-jährige nach Steuern statt 80 000 Euro nur noch ca. 73 000 Euro für sich vereinnahmen. Die Differenz von fast 7 000 Euro verbucht das Finanzamt für sich auf der Haben-Seite.

Wer noch in den Genuss der bisherigen Steuervorteile in der Lebens- und Rentenversicherung kommen will, muss noch bis Ende 2004 eine Lebens- oder Rentenversicherung mit Kapitalwahlrecht abschließen und den ersten Beitrag gezahlt haben.

Vorteil für die private Rente ab 2005

Mit dem am 11. Juni 2004 vom Bundesrat verabschiedeten Alterseinkünftegesetz hat der Gesetzgeber den schrittweisen Übergang auf die nachgelagerte Besteuerung bis zum Jahr 2040 beschlossen. Da die Rentensteuer über einen Zeitraum von 35 Jahren langsam gesteigert wird, werden andererseits die Beschäftigten in dieser Zeit in kleinen Schritten steuerlich entlastet.

Ob gesetzlich oder privat: Bisher werden lebenslange Renten mit dem gleichen Ertragsanteil versteuert. Er beträgt zum Beispiel bei einem Rentenbeginn mit 65 Jahren 27 % der Rente. Bei einer Rente von 1 000 Euro sind also bisher 270 Euro steuerpflichtig. Aufgrund von Freibeträgen mussten die meisten Rentner bislang jedoch keine oder nur wenig Steuern zahlen. Das wird sich ab Januar 2005 ändern, denn ab diesem Zeitpunkt erhalten gesetzliche und private Rente

einen unterschiedlichen Ertragsanteil.

Die gesetzliche Rente wird ab 2005 zu 50 % steuerpflichtig. Für jeden nach 2005 hinzukommenden Rentnerjahrgang erhöht sich der zu versteuernde Anteil bis zum Jahr 2020 um 2 %. Danach erfolgt eine Erhöhung in Ein-Prozent-Schritten. Die Rentnerjahrgänge ab 2040 unterliegen dann zu 100 % der Steuerpflicht.

Nach Modellrechnungen des Bundesfinanzministeriums muss 2005 ein allein stehender Rentner, der 10 000 Euro gesetzliche Rente und 15 000 Euro Betriebsrente im Jahr erhält, 456 Euro mehr an das Finanzamt abführen.

Für die heute Beschäftigten heißt das, dass neue Versorgungslücken entstehen. Je früher die junge Generation mit der Altersvorsorge anfängt, desto besser sorgt sie für ihr Alter vor. Zum Beispiel mit einer lebenslangen privaten Rente: Hier sinkt der steuerpflichtige Ertragsanteil ab 2005 bei Rentenbeginn mit 65 Jahren von bisher 27 % auf 18 %. Das gilt auch für Altverträge, die vor 2005 abgeschlossen wurden.

Ende der Direktversicherung mit Pauschalbesteuerung

Das Alterseinkünftegesetz hat erhebliche Auswirkungen auf die Direktversicherung mit Pauschalbesteuerung nach § 40 b Einkommenssteuergesetz (EStG). Die bisher niedrige Pauschalbesteuerung der Beiträge von nur 20 % zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls pauschaler Kirchensteuer wird für alle Neuverträge ab 2005 komplett gestrichen. Nur Verträge, die bis einschließlich 31. Dezember 2004 poliziert werden, genießen noch den Vorteil der Pauschalbesteuerung über die gesamte Laufzeit. Um die Lohnsteuerpauschalierung weiter nutzen zu können, muss der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber eine Verzichtserklärung über die Anwendung des neuen Paragraphen 3 Nr. 63 EStG abgeben. Diese Erklärung hat bis zum 30. Juni 2005 zu erfolgen.

Was ist zu tun, um eine Direktversicherung nach alter Regelung zu bekommen?

Der Arbeitgeber schließt noch 2004 für den Arbeitnehmer eine Direktver-

sicherung ab, wobei nur der Arbeitnehmer bezugsberechtigt ist.

Beitragszahler ist der Arbeitnehmer. Die Beiträge werden von seinem Gehalt einbehalten und pauschal mit 20 % zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls pauschaler Kirchensteuer versteuert.

Pro Jahr können Arbeitnehmer maximal 1 752 Euro in ihre Direktversicherung einzahlen. Im Einzelfall kann sogar ein Beitrag bis zu 2 148 Euro jährlich aufgewendet werden, wenn der Durchschnittsbeitrag aller Arbeitnehmer in einem Gruppenversicherungsvertrag nicht höher als 1 752 Euro pro Jahr ist.

Welche Vorteile bietet die Direktversicherung noch in diesem Jahr?

Die Beiträge unterliegen der bereits erwähnten pauschalen Besteuerung und nicht dem in der Regel höheren persönlichen Steuersatz. Der Arbeitnehmer kann somit einen attraktiven Steuervorteil erzielen.

Nur noch dieses Jahr kann eine steuerfreie Kapitalauszahlung gesichert werden. Dieser Vorteil entfällt für alle Neuverträge ab 2005.

Wird der Versicherungsbeitrag aus Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld entrichtet, gibt es bis 2008 noch einen weiteren Vorteil: Die Beiträge sind sozialabgabenfrei. Davon profitiert auch der Arbeitgeber.

Als Kurzformel für die Direktversicherung nach bisherigem Modell gilt: Je höher der persönliche Steuersatz, desto renditestärker ist die Direktversicherung mit Pauschalbesteuerung.

Mit der Umstellung auf die nachgelagerte Besteuerung ab 1. Januar 2005 können Direktversicherungen zwar noch abgeschlossen werden, aber nicht mehr mit der Pauschalbesteuerung. Ab 1. Januar 2005 kann der Sparer bis zu 4 % der jeweils gültigen Beitragsbemessungsgrenze (derzeit 2 472 Euro pro Jahr) steuerfrei und bis zum Jahr 2008 auch sozialversicherungsfrei in die Direktversicherung einzahlen. Als Ersatz für den Wegfall der Pauschalbesteuerung kann der steuerfreie Betrag von 4 % der Beitragsbemessungsgrenze um weitere 1 800 Euro

erhöht werden. Diese 1 800 Euro sind steuer-, aber nicht sozialversicherungsfrei!

Durch die Steuerfreistellung der Beiträge in der Ansparphase werden die Leistungen bei Auszahlung voll besteuert. Und noch ein anderer Vorteil des alten Modells entfällt: Bei Neuabschlüssen ab 2005 können die Versicherten nicht mehr von einer vollen Kapitalauszahlung profitieren. Lediglich eine Teilauszahlung in Höhe von 30 % der Ablaufsumme ist dann noch möglich. Den Restbetrag erhalten die Sparer dann in Form einer lebenslangen Rente.

Fazit: Die neue Direktversicherung ab 2005 bietet sicherlich attraktive steuerliche Vorteile. Wer aber über die betriebliche Altersvorsorge ein steuerfreies Vorsorgekapital wünscht, sollte noch 2004 die Direktversicherung mit Pauschalbesteuerung nach § 40 b EStG abschließen.

Die Basisrente, das neue Erfolgsprodukt der Altersversorgung?

Mit dem Alterseinkünftegesetz wird ab 2005 die Produktlandschaft der Altersversorgung neu gestaltet. Die neu geschaffene Leibrente, oft auch „Rürrup“- oder „Basisrente“ genannt, bietet interessante steuerliche Aspekte. Als Sonderausgaben abzugsfähig sind 60 % der Beiträge. Dieser abzugsfähige Anteil erhöht sich von 60 % in 2005 auf 100 % im Jahr 2025. Damit die Steuervorteile genutzt werden können, muss das Produkt jedoch u. a. folgende Anforderungen erfüllen:

- kein Kapitalwahlrecht, Hinterbliebenenrente nur lebenslange Rentenzahlungen,
- keine Vererbbarkeit nach Wunsch, sondern nur nach dem engen Hinterbliebenenbegriff der gesetzlichen Rentenversicherung, wonach nur Ehepartner und kindergeldberechtigte Kinder und unter bestimmten Voraussetzungen der Lebensgefährte/die Lebensgefährtin in Betracht kommen,
- keine Übertragbarkeit,
- keine Beleihbarkeit,
- keine Veräußerungsmöglichkeit und
- keine Auszahlung vor dem 60. Lebensjahr.

Leser schreiben

Zum Artikel unsers VLB-Webmasters Johannes Münch „Machen Handys in der Schule Krank?“ in Heft 10/2004 erreichte die Redaktion nachfolgende Leserschrift von Carl Holtz:

Danke für den Artikel, als Mann einer Heilpraktikerin und hobbymäßiger Baubiologe haben sie mir aus dem Herzen gesprochen.

Unsere Hausordnung sieht „ausgeschaltete“ Mobiltelefone im Unterricht vor. Aus heißt wirklich aus, nicht stumm. (Man kann ja sonst immer noch Rufe per Vibrationsalarm oder Blick aufs Display empfangen und SMS lesen und schreiben). Sicher kann und will ich das nicht in jedem Unterricht kontrollieren, aber: Wenns Handy klingelt, schreibt mir der Schüler oder die Schülerin 50 mal die entsprechende Passage der Hausordnung ab, das weiß er/sie vorher und kann sich darauf einrichten. Wer auf die Toilette geht, lässt Handy und Zigaretten da. (Mancher „musste“ dann gar nicht mehr. Aber ich kenn schon meine Pappenheimer.)

Als Funktechniker kann ich Ihnen sagen, dass ein nicht auf Kommunikation arbeitendes Gerät zwar dauernd in Verbindung mit der Zelle steht, in welcher es gerade eingeloggt ist. Hierzu sind aber lediglich relativ leistungsschwache Impulse etwa im Sekundenabstand notwendig, so dass hier nicht zwei oder 4 W zu befürchten sind, also die von Ihnen genannte hohe Gesamtsendeleistung nicht zustande kommt. Ich verfüge selbst über ein HF-Messgerät – abgesehen von der Einlogg- oder Ausloggphase ist das eingeschaltete Gerät praktisch nicht nachweisbar. Dazu muss ich schon auf 10 cm rangehen. Ansonsten muss man wissen, dass es sich bei den von Ihnen angesprochenen Sendeleistungen um Durchschnittswerte einer Pulsmodulation handelt, welche beim Ein- und Ausloggen und natürlich auch bei jedem Gespräch entstehen. Es sind also einzelne nadel-

scharfe Impulse, mit irrsinnig hoher Leistung. Dazwischen sind Pausen. Daraus ergeben sich die so „harmlos“ aussehenden, so moderaten Durchschnittsleistungen, die so wenig Grund zur Beunruhigung suggerieren.

Unser Biosystem wird davon extrem gestresst! Die deutschen Grenzwerte sind mit die höchsten auf der Welt und absolut menschenverachtend! Sie sind ausschließlich auf den thermischen Effekt (Gewebeerwärmung) ausgelegt. (Aus der Praxis meiner Frau sind viele Fälle bekannt, bei welchen der Verzicht auf Mobiltelefonie erstaunliche Befindensverbesserungen eingebracht hat. Krankhafte Zustände sind ja nie monokausal, deswegen kann man auch nicht von einer totalen Heilung sprechen, aber wie viel ist jemandem geholfen, der trotz Schmerzen wenigstens mal wieder schlafen kann). Ich arbeite selbst im 5. Stockwerk unmittelbar unter einer D1/UTMS-Antenne, welche auf dem Dach unserer Schule installiert ist (!). Nach den Behauptungen der Betreiber wäre man hier im stahlungsärmsten Bereich, weil man sich außerhalb des Öffnungswinkels der Antennen befindet. Trotzdem messe ich in meinem Labor den 100-fachen Wert gegenüber unserem Erdgeschoß. Dieser Wert ist immer noch ca. 10x so groß, als zu Hause bei mir (100m-Luftlinie, auf einem Berg, etwa auf Höhe der Antenne). Warum ist dieser Wert auch unterhalb der Antenne so groß: Die Reflexionen von umstehenden Gebäuden usw. treffen diesen Bereich voll. Davon spricht man nicht, ich kann es aber per Richtantenne nachweisen. Mit welcher Leistung die Feststation strahlt, hängt natürlich von der Anzahl der über diese Funkzelle versorgten Telefone ab – so dass man unterm Strich doch wieder sagen kann, jedes ausgeschaltete Handy lohnt sich.

Es ist wirklich schlimm, dass jeder Hans und Franz meint, immer und

überall erreichbar sein zu müssen, und dieses schon fast als Grundrecht ansieht, dass das Mobiltelefon schon fast als Körperteil angesehen wird und sich bei den jungen Damen vielleicht gar im Freud'schen Sinne als Phallusersatz (Penisneid) fungiert (Kann man beobachten, wenn sie die Schule verlassen – in der einen Hand die Zigarette als Demonstration der Emanzipation, in der anderen Hand das Handy, welches mit verzückten, verklärten Blick betrachtet wird.) Erfüllung des Erziehungsauftrages, welchen uns die Bayrische Verfassung aufgibt, wäre es, dieser Unkultur in geeigneter Form entgegenzutreten.

Wenn Sie wollen, können Sie sich ja mal bei der www.buergerwelle.de umsehen, da steht auch einiges zu den so beliebten DECT-Telefonen (24-Stunden Mobilfunkdauersender mitten in der Wohnung, unanständig davon, ob telefoniert wird oder nicht), die sind der absolute Hammer.

Vermischtes

Achtung Reisefreunde!

In der Novemberausgabe von VLB akzente wurde unter der Überschrift

Mit Lothar Fischer nach St. Petersburg

eine Reise in die Newa-Stadt ausgeschrieben. Als Reisezeit war die Woche vom 19. bis 26. März genannt (Karwoche).

Wir weisen darauf hin, dass die Reise um eine Woche vorverlegt werden musste. Sie findet nunmehr statt vom

12. bis 20. März 2005.



Der Kreisverband Würzburg lädt ein und viele kamen.

So geschehen am 9. Oktober bei der Fahrt nach Forchheim, um die Landesausstellung „Edel und Frei – Franken im Mittelalter“ zu besuchen. Das Interesse der Teilnehmer war so groß, dass zwei getrennte Führungen durchgeführt wurden. Erfüllt von vielen Eindrücken ging es zurück zum Bus, um im Aischgrund sich der Gegenwart zu widmen und Karpfen zu essen. Anschließend wurde der Zusammenhang mit der Ausstellung in der Kirche zu Gutenstetten – einer Slavenpfarre Karls des Großen – deutlich. Dank der Ausführungen des dortigen Pfarrers erschloss sich die Schönheit des Altares den Kunstinteressierten. Den Teilnehmern hat die Exkursion ins Oberfränkische gefallen. Zum nächsten Kulturereignis lädt der Kreisverband zusammen mit dem Bezirksverband Unterfranken zum Besuch der „Emmy Roeder“-Ausstellung im Würzburger Kulturspeicher am 3. Februar 2005 ein.

Ingrid Reinwald

Nach Flandern nun das Original:

Kunst und Kultur der Herzöge von Burgund

Pfingstangebot des Bezirksverbands Unterfranken

Im Zentrum der Fahrt stehen die Höhepunkte romanischer Kultur, die es gerade in diesem seit dem Altertum bevorzugten Landstrich in großer Güte und Dichte gibt – eingebettet in die klimatisch bevorzugte Hügellandschaft. Ihre Charakteristika in der Franche-Comté, im Brionnais, Maconnais, Charollais, aber auch im rauheren Morvan bilden den Hintergrund, von dem sich die Perlen von gut 2000 Jahren Kulturgeschichte und einer respektablen Frühgeschichte abheben.

In noch festzulegender Abfolge werden auf jeden Fall folgende Schmankerl besucht, und zwar in sternförmig verlaufenden Tagestouren vom zentral gelegenen Chalon-s-Saone bietetaus, die sich dem staunenden Kunstreisenden als ein Kosmos profaner wie sakraler Kultur aus vielen Jahrhunderten darstellen: Beaune, Cluny, Vezelay, Abbaye Saint Philibert in Tournus, Anzy-le-Duc, Autun, Berze-la-Ville, Chapaize, Paray-le-Monial, Rocher de Solutré.

Auch der – allerdings noch nicht im Preis inbegriffene – Besuch eines Weingutes gehört zu einer solchen Reise.

Reisetermin: Pfingstmontag, 16. Mai bis Samstag, 21. Mai 2005

Anreiseweg: Abfahrt in Schweinfurt um 4:00 Uhr mit Zustieg in Würzburg, (Parkmöglichkeit auf einem Schulparkplatz). Weitere Zusteigemöglichkeiten auf dem Weg über Heilbronn, Freiburg, Besichtigung in F-Ottmarsheim, Besichtigung Saline Royale d'Arc et Senans. Tagesziel CHALON-s-Saone

Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage etc., 5 Übernachtungen im ***Hotel in Chalon-s-Saone, dabei 4 x HP und 1 x nur Frühstücksbuffet. Im Preis inbegriffen sind neben der Reiseleitung tägliche fachkundige kunst- und kulturgeschichtliche Führungen. Eingeschlossen sind die Eintrittspreise.

Reisepreis: pro Person im DZ 505,00 Euro, EZ-Zuschlag 148,00 Euro

Anmeldung: Das Anmeldeformular erhalten Sie von Ihrer örtlichen VLB-Kontaktperson. Gäste sind willkommen. Interessierte Nicht-Unterfranken und „Senioren“ erhalten das Anmeldeblatt bei: Gottfried Berger, Hüttenweg 14, 97080 Würzburg, Tel. / Fax: 0931/9 19 06, E-Mail: gk.berger@gmx.de. Bitte melden Sie sich umgehend an bei Gottfried Berger. Die Sitzverteilung erfolgt in der Reihenfolge der eingegangenen Anmeldungen von vorn nach hinten.

Termine

Intensivbehandlung für Lehrer mit Stimmstörungen

- Termin:** 17. bis 29. April 2005
10. bis 22. Juli 2005
August auf Madeira
11. – 23. September 2005
- Ort:** SBBZ Coburg, Schloss Hohenfels 96450 Coburg
- Kosten:** Krankenkassen und Beihilfe übernehmen bei ärztlicher Verordnung die Behandlungskosten

Durchführung: eingehende Beratung und Einzel- sowie Gruppenbehandlungen durch qualifizierte Stimmtherapeuten (Atemschulung, Stimmtonspannung bzw. Stimmkräftigung, Entwicklung einer wieder belastbaren Stimme), Rhetorik und Gymnastik

Nähere Informationen: SBBZ Coburg sowie Medau-Schule Coburg Schloss Hohenfels 96450 Coburg, Dr. Klaus Rothlauf Telefon 09561/23 51-11

Bücher / Medien

- Titel:** Die neue EU, Nr. 5/2004
Verlag: Wochenschau Verlag, Schwalbach/Taunus
Bestell-Nr.: 2504

Mit dem Beitrittsdatum des 1. 5. 2004 ist die Europäische Union auf 25 Mitglieder angewachsen. Doch welche Chancen und Risiken sind mit der Erweiterung verbunden? Wie sehen die Visionen für die Zukunft der Europäischen Union aus?

Mit diesen und anderen Fragen beschäftigt sich das aktuelle Wochenschau-Themenheft „Die neue EU“. Behandelt werden vor allem Hoffnungen und Ängste im Hinblick auf die erweiterte Union, die vor allem durch die Erweiterung notwendigen Reformen der EU-Institutionen sowie die EU-Verfassung und ihre Bedeutung für eine europäische demo-

kratische Identität. Im Einstiegskapitel geht es um die Einstellungen junger Menschen zur Europäischen Union, um die historische Dimension der europäischen Einigung seit 1989 und um die politischen Visionen zur Zukunft der EU. Thematisiert werden auch die Chancen und Risiken der Erweiterung, vor allem das große ökonomische Gefälle zwischen neuen und alten Mitgliedern sowie die Notwendigkeit institutioneller Reformen. Auf die Vorstellungen, in welcher Weise die EU-Institutionen reformiert werden sollen, wird im Heft detailliert eingegangen. Ein Exkurs über die Gesetzgebung der EU verdeutlicht zudem die Bedeutung der auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen für den Alltag der Schülerinnen und Schüler.

Auf die ersten drei Kapitel aufbauend wird abschließend die Diskussion um eine europäische Verfassung auszugswise dargestellt. Unterschiedliche Sichtweisen bezüglich einer europäischen Identität sowie zur demokratischen Gestalt und institutionellen Struktur ermöglichen den Schülerinnen und Schülern die eigene Meinungsbildung zu den Fragen der zukünftigen Gestaltung der Europäischen Union. Die vielfältigen Materialien des Heftes sind wie immer sorgfältig aufbereitet und zum unmittelbaren Unterrichtsgebrauch bestimmt. Sie werden in handlichen Arrangements mit erschließenden Arbeitshilfen und zahlreichen Illustrationen dargeboten.

- Titel:** Jugend in anderen Kulturen, Nr. 3-4/2004
Verlag: Wochenschau Verlag, Schwalbach/Taunus
Bestell-Nr.: 13404

Interkulturelles Lernen wird gegenwärtig als passende Antwort auf die Globalisierung mit ihrem wachsenden Zusammentreffen von Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Religionen, kulturellen Verhaltensweisen und Wertvorstellungen betrachtet. In diesem Zusammenhang spielt die möglichst frühe Auseinandersetzung

mit Selbst- und Fremdbildern für die Identitätsbildung von Kindern und Jugendlichen in interkulturellen Gesellschaften eine wesentliche Rolle.

Die Wochenschau-Doppelausgabe stellt in ihrem aktuellen Themenheft „Jugend in anderen Kulturen“ die Vielfalt der Sozialisation in ausgewählten Kulturen vor. Verwendet wurden dabei vorwiegend autobiografische Texte, die u. a. die Aspekte Lebensräume, Familie, Rollenverständnis, Bildung, Kinderarbeit, Spiele aus ihren jeweils unterschiedlichen kulturellen Blickwinkeln beleuchten. Durch diese multiperspektivische Sichtweise können Schüler lernen, sowohl die eigene als auch die fremde Kultur kritisch zu reflektieren.

Um den Blick auf die gesellschafts-politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen von Sozialisation zu erweitern, wird darüber hinaus anhand von Quellentexten dokumentiert, wie Kinder und Jugendliche im 18./19. Jahrhundert aufwuchsen.

Das Heft regt Schülerinnen und Schüler zum Perspektivenwechsel an und damit zur kritischen Reflexion der eigenen Lebensverhältnisse. Es ist zum Unterricht in der Sekundarstufe 1 besonders gut geeignet.

Nachrichtliches

Lehrer gehen besonders oft wegen Dienstunfähigkeit in Pension

Dienstunfähigkeit ist bei den Lehrern in Deutschland immer noch überdurchschnittlich häufig der Grund für ihre Pensionierung. Der Anteil der verbeamteten Lehrkräfte, die deswegen in den Ruhestand versetzt wurden, ist 2003 zwar auf ein gutes Drittel und damit auf den niedrigsten Stand seit mindestens zehn Jahren gesunken. Dienstunfähigkeit war bei den Lehrern aber immer noch deutlich häufiger der Grund in Pension zu gehen als bei anderen Beamten oder bei Richtern, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Im Durch-

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419
E-Mail: peter.wiedmann@t-online.de

Kompetenz und Erfahrung
Versicherungs
Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

z.B. Sparen für das Studium!

Für eine fünfjährige Hochschulausbildung, incl. des fast schon obligatorischen Auslandsaufenthaltes, werden rund 40 000 benötigt.

Deshalb sollten Eltern frühzeitig für die Ausbildung ihrer Kinder vorsorgen.

Eine gute Möglichkeit ist es, Teile des Kindergeldes anzulegen. z.B. ein 30jähriger Versicherungsnehmer legt monatl. 125 in eine Ausbildungsversicherung zu Gunsten des Kindes an.

Nach 18 Jahren kann er mit einer Auszahlung von 40.000 rechnen. **Bei Abschluß noch in 2004 sogar steuerfrei!** (Überschubberechnung: Stand 2004).

Das Geld wird auch überwiesen, sollte der Versicherungsnehmer während der Ansparzeit sterben.

Fordern Sie bei uns ein Angebot an!

schnitt kehrten die Pädagogen wie schon 2002 der Schule mit 61 Jahren den Rücken.

Die Statistiker führen den Rückgang vor allem auf die Einführung von Abschlägen bei der Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit vor Vollendung des 63. Lebensjahres zurück. Vor der Einführung dieser Abschläge im Jahr 2000, seien noch fast zwei Drittel (64 Prozent) aller Lehrer-Pensionierungen auf Dienstunfähigkeit zurückgegangen. 2002 waren es noch 41 Prozent, 2003 nur noch 34 Prozent. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr knapp 14400 verbeamtete Lehrer in den Ruhestand versetzt (plus 2 Prozent).

Von den nahezu 12 000 pensionierten Beamten und Richtern des Bundes, der Länder und der Gemeinden waren im vergangenen Jahr 24 Prozent dienstunfähig (2002: 28 Prozent). Im Strafvollzug, bei der Polizei und beim Grenzschutz, wo die Regelaltersgrenze allerdings nur 60 Jahre beträgt, gingen knapp 16 Prozent der Beamten wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand (minus 2 Prozentpunkte).

Der Anteil der Lehrer, die mit 63 Jahren in den Ruhestand gingen, stieg von knapp 15 Prozent 2002 auf gut 20 Prozent im vergangenen Jahr. 36 Prozent der Lehrer traten nach Erreichen des 63. Lebensjahres vorzeitig in den Ruhestand und nahmen die Abschläge hin (plus 2 Punkte). -dpa-

Bayern führt Kopftuchverbot für Lehrerinnen ein

Als fünftes Bundesland hat Bayern ein Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen eingeführt. Nach einjähriger Diskussion beschloss der Landtag am 11. November mit den Stimmen der CSU-Mehrheit ein entsprechendes Gesetz. Mit dem Kopftuchverbot will die CSU die Schüler im Freistaat vor möglicher politischer Beeinflussung durch islamische Fundamentalisten schützen. Damit werde nicht entschieden, welcher Glaube genehm sei und welcher nicht. SPD und Grüne lehnten das Gesetz ab.

„Es ist so, dass der Schleier von islamisch fundamentalistischen Gruppen als politisches Symbol massivst missbraucht worden ist“, sagte Kultusministerin Monika Hohlmeier. Das Gesetz bedeute keinen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz. Es gelte für alle Symbole, die als Symbole der Unterdrückung verstanden werden könnten. „Es wird keiner einzigen Frau unterstellt, die ein Kopftuch trägt, dass sie Fundamentalistin ist.“

Das Gesetz verbietet nicht ausdrücklich das Kopftuch, sondern religiöse Symbole und Kleidungsstücke, die als eine „mit den verfassungsrechtlichen Grundwerten unvereinbare Haltung“ verstanden werden könnten. Die Kopfbedeckung katholischer Nonnen ist nach Angaben der

CSU nicht von dem Gesetz betroffen, weil die christlichen Kirchen fest zu den Grundwerten der Verfassung stünden.

Ähnliche Gesetze gibt es bereits in Baden-Württemberg, im Saarland und in Niedersachsen. In Hessen gilt das Kopftuchverbot für Beamtinnen generell. Berlin will alle sichtbaren religiösen Symbole in Kernbereichen des öffentlichen Dienstes verbieten. -dpa-

Autorenverzeichnis

Dehmel Wolfgang

BS, Orleansstrasse 46, 81667 München,
Tel.: 089 - 23 32 89 22

Hiener G./Müller M./Riedl A.

ISB, Schellingstr. 155, 80335 München,
Tel.: 089 - 21 70 21 85

Stephan Helmut

WS, Schwere-Reiter-Str. 35,
80797 München, Tel.: 089 - 23 88 76 80

Weinzierl Stefan

VLB-Studentsprecher
Haslacherstr. 129, 94469 Deggendorf,
Tel.: 0179 - 7 83 61 14

Lambl, Wolfgang

VLB-Dienstrechtsreferent
Grammschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: 09363 - 52 78

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4
80335 München

B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt

Aus aktuellem Anlass

IHK bewegt sich, jetzt ist KuMi gefordert.

Der VLB-Vorschlag:

- Zeitliche Anrechnung der Mitwirkung der Lehrkräfte bei Berufsabschlussprüfungen bis zu 10 Unterrichtsstunden im Rahmen der Lehrerunterrichtszeiterfassung (LUZ) bei entsprechender Aufwandsentschädigung durch IHK (z. B. Fahrtkosten).
- Durch Anrechnung nicht abgedeckte Prüfungszeiten werden mit dem Mehrarbeitsvergütungssatz abgedeckt. Prüfungskorrekturen werden von einer Zeit- auf eine Stückzahlvergütung umgestellt (Passauer Modell).

Die Reaktionen:

Die IHK hat dem VLB ihre Zustimmung am 24. November 2004 zu dem Vorschlag signalisiert.

Das Kultusministerium hat dem VLB am 26. November 2004 mitgeteilt, dass es noch Verhandlungsbedarf gebe.

Wir werden deshalb

erst nach einem endgültigen Gesamtergebnis wieder an den IHK-Prüfungen mitwirken!

Wir brauchen

die Solidarität aller Kolleginnen und Kollegen und eine bayernweite Geschlossenheit.

Wir werden deshalb

intensiv die Verhandlungen weiterführen.

Der VLB braucht weiterhin Ihre Solidarität!

Der Hauptvorstand des VLB, Bamberg, 27. November 2004